

## PROTOKOLL

---

der **10.** Sitzung  
vom Dienstag, 17. Juni 2003  
17.00 - 20.00 Uhr  
Grossratssaal der Rathauslaube

---

Vorsitz: Ernst Spengler (SVP) Präsident 2003

Protokoll: René Gisler (Nichtmitglied)

Stimmzähler: Paul Bösch (OeBS)  
Herbert Distel (CVP)

Anwesend: von total 50 Mitgliedern:  
Ratspräsident und 43 Mitglieder  
5 Stadträte

Entschuldigt für die ganze Sitzung: Ernst Gründler (FDP)  
Hans Peter Huber (SVP)  
Peter Neukomm (SP)  
Christine Rebsamen (OeBS)  
Rainer Schmidig (EVP)  
Lotti Winzeler (OeBS)

Entschuldigt für den Anfang der Sitzung: Käthi Tanner (SP)  
Dieter Amsler (FDP)  
Josef Eugster (SVP)

Entschuldigt für den Schluss der Sitzung: Werner Schlatter (SVP)  
Wilhelm Hefti (SP)  
Thomas Hauser (FDP)

### Traktanden:

**1. Jahresrechnung 2002 der Einwohnergemeinde  
Schaffhausen/Leistungsauftrag Pilotabteilungen WoV /  
Jahresbericht 2002 des Stadtrates z.K.**

**Seite 354**

**PENDENTE GESCHÄFTE****EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

09.04.02	VdSR - Platzgestaltung Herrenacker	SPK
20.06.02	VdSR - Gesamthafte Überprüfung von Bauordnung u. Zonenplan	SPK
23.09.02	VdSR - Teilrevision von Art. 27 und 28 der Stadtverfassung, Erhöhung der Stellenkapazität im Stadtrat	SPK
07.01.03	VdSR - Machbarkeitsstudie neues Fussballstadion	SPK
21.01.03	VdSR - Projektentwicklung Areal Kiefer/Landhaus Baurechtsbedingungen	SPK
18.02.03	VdSR - Quartier- und Begegnungszentrum in Herblingen; zur Verfügungstellung einer Liegenschaft und Beitrag der Stadt an die An- und Umbaukosten	SPK
18.02.03	VdSR - Motionen Dr. Othmar Schwank: "Verteilung und Anerkennung von Sozialarbeit" und Iren Eichenberger: "Finanzielle Leistungen für pflegende Angehörige"	SPK
(04.03.03)	Ersatzwahl in den Steuerungsausschuss WoV für den Rest der Amtsdauer 2001/2004	
11.03.03	INTERPELLATION Raphaël Rohner (FDP) - Mitwirkung der Stadt SH an der Willensbildung des Bundes	
08.04.03	VdSR Ergänzung der städt. Taxiverordnung vom 28. Okt. 1997	GPK
27.04.03	INTERPELLATION VertreterInnen Kommission für Sozialbelange - Strukturelle Massnahmen in den Siedlungsgebieten Birch, Hochstrasse und Hauental	
06.05.03	VdSR - Überführung der Trägerschaft der öffentlich-rechtlichen Sonderschulen in eine öffentlich-rechtliche Anstalt des Kantons SH	SPK
20.05.03	MOTION Esther Bänziger (SP) Familienzentrum Schaffhausen	
20.05.03	VdSR - Überführung des Tagesschulversuches in eine definitive Lösung	SPK

**Kleine Anfragen von**

<b>Iren Eichenberger (OeBS)</b>	<b>Jugendleitbild vermisst</b>	<b>5.05.03</b>	<b>13/2003</b>
<b>Rolf Amstad (SP)</b>	<b>Polizeipräsenz in den Quartieren der Stadt SH</b>	<b>19.05.03</b>	<b>14/2003</b>
<b>Roland Schöttle (FDP)</b>	<b>Anpassung der Geschäftsführung der Stadt SH auf ev. sinkende Steuereinnahmen</b>	<b>26.05.03</b>	<b>15/2003</b>
<b>Peter Neukomm (SP)</b>	<b>Auswirkungen der Taggeldkürzung (ALV)</b>	<b>03.06.03</b>	<b>16/2003</b>

**BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE**

-----

**Traktandum 1 Jahresrechnung 2002 der Einwohnergemeinde  
Schaffhausen/Leistungsauftrag Pilotabteilungen WoV /  
Jahresbericht 2002 des Stadtrates z.K.**

-----

Der Grosse Stadtrat genehmigt in der Schlussabstimmung mit **40 : 0 Stimmen**

a) die Jahresberichte 2002 "Leistungsauftrag der 5 Pilotabteilungen WoV" Stadt SH

b) die Anträge der GPK

Ziffer 1 betreffend Transportkosten MKD Pflumm (ergebnisneutrale  
Umbuchungen im Betrag von Fr. 34'499.30) und

Ziffer 2 betreffend Übertrag der SASAG-Aktien in Höhe von Fr. 2,625 Mio aus dem Portefeuille der Stadt SH an die Städt. Werke in der 2. Jahreshälfte 2003

sowie

c) die Anträge des Stadtrates

1. Der gegenüber dem Budget 2002 erhöhte Beitrag an die Kunsteisbahn- und Schwimmbadgenossenschaft, Schaffhausen in der Höhe von Fr. 153'149.60 wird genehmigt.
2. Die vorliegende Jahresrechnung 2002 der Einwohnergemeinde Schaffhausen wird genehmigt und gemäss Art. 11 lit. c der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Das Geschäft ist erledigt.

## **BEGRÜSSUNG**

**Ratspräsident Ernst Spengler (SVP)** eröffnet die Ratssitzung mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, des Herrn Stadtpräsidenten, der Frau Stadträtin, der Herren Stadträte sowie der VertreterInnen der Medien.

## **MITTEILUNGEN des Ratspräsidenten:**

***Neu eingegangene Ratsgeschäfte: Keine***

Verhandlungsbereit gemeldet wurde die VdSR - Ergänzung der städt. Taxiverordnung vom 28. Okt. 1997. Sie wird auf die Tagesordnung der Sitzung vom 1. Juli 03 gesetzt.

***Neueingang Kleine Anfragen: Keine***

***Beantwortet wurde vom SR mit Datum 10. Juni 03 folgende Kleine Anfrage:***

Theresia Derksen (CVP)

WoV Steuerungsausschuss

10.03.03 10/2003

## **PROTOKOLL**

Das **Ratsprotokoll Nr. 9 vom 3. Juni 03** ist vom Ratsbüro geprüft und genehmigt worden. Es liegt heute zur Einsichtnahme beim Ratssekretär auf. Anmerkungen werden keine angebracht.

## **Tagesordnung**

Die Traktandenliste zur heutigen Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt. Die Tagesordnung wird gutgeheissen.

**Traktandum 1 Jahresrechnung 2002 der Einwohnergemeinde  
Schaffhausen/Leistungsauftrag Pilotabteilungen WoV /  
Jahresbericht 2002 des Stadtrates z.K.**

---

**EINTRETENSDEBATTE**

Dieses Geschäft wurde in der GPK vorberaten.

**Alfred Zollinger (SVP)**                      Präsident der GPK \*

"Die Rechnung 2002 der Stadt Schaffhausen schliesst erfreulicherweise wesentlich besser ab als budgetiert. Bei Einnahmen von Fr. 186,7 Mio und Ausgaben von Fr. 187,0 Mio resultiert ein Aufwand-Ueberschuss von Fr. 301'198.70. Dadurch verbleibt im Kapitalsaldo noch ein Guthaben von Fr. 2'433'110.85. Das Budget 2002 sah einen Aufwandüberschuss von rund Fr. 2,8 Mio vor. Merkllich zum guten Resultat haben u.a. die Ausgabendisziplin beim Personal- und Sachaufwand beigetragen. Besten Dank an alle Beteiligten.

An und für sich eine gute Rechnung, die mit einer roten Null abschliesst, obwohl die erhoffte Konjunkturerholung leider ausblieb. Auch waren im Gegensatz zum letzten Jahr praktisch keine ausserordentlichen Steuereinnahmen zu verzeichnen. Deshalb wurden die Abschreibungen auf lediglich 8,5 % festgelegt. Diese liegen damit 1,5 % unter dem vom Gemeindegesetz vorgegebenen Satz von 10 %, was aber aufgrund der Uebergangsregelung noch zulässig ist. Hätte aber der Stadtrat den im Budget enthaltenen Uebertrag der Sasag-Aktien in die Separatrechnung der Städt.Werke vorgenommen und deren Erlös von Fr. 2,6 Mio für zusätzliche Abschreibungen verwendet, wäre der Satz von 10 % bei den Abschreibungen mehr als erreicht worden. Ich werde später noch darauf zurückkommen.

Mit Ausnahme der Zinsbelastungsquote haben sich die übrigen Kennzahlen verschlechtert. Da der Selbstfinanzierungsgrad mit 43,03 % trotz gesunkener Bruttoinvestitionsquote äusserst tief liegt, muss ein negativer Finanzierungssaldo von Fr. 8,6 Mio ausgewiesen werden, was leider zu einer Schuldenzunahme führt. Die ungedeckte Schuld pro Kopf der Bevölkerung erhöht sich dadurch von Fr. 1'744.82 auf Fr. 1'832.06. Es ist zu hoffen, dass das tiefe Zinsniveau anhält, damit sich die Zinsbelastungsquote nicht merklich verschlechtert.

Die fünf WoV-Pilotabteilungen haben wiederum nicht nur nach der konventionellen Finanzbuchhaltung eine Jahresrechnung und einen Jahresbericht erstellt, sondern auch nach den WoV-Grundsätzen. Der separate Jahresbericht jeder WoV-Pilotabteilung dokumentiert, wie bis anhin, die Ergebnisse nach Produktegruppen, eine Kostenrechnung sowie die Erfüllung oder Nichterfüllung der im Leistungsvertrag vereinbarten Leistungsvorgaben.

Die vier Pilotabteilungen Steuerverwaltung, Altersheim Steig, Stadtgärtnerei und Stadtarchiv weisen bessere Abteilungsergebnisse als budgetiert aus. Lediglich beim Vormundschafts- und Erbschaftsamt ist das Rechnungsergebnis schlechter als der Voranschlag ausgefallen, aber erfreulicherweise besser als im Vorjahr. Alle Pilotabteilungen kumuliert erreichen ein besseres Ergebnis als geplant.

Die Leistungsziele wurden grösstenteils erreicht, die Soll-/Ist-Vergleiche sind bei den einzelnen Leistungszielen im separaten Jahresbericht ersichtlich und entsprechend kommentiert.

Im Voranschlag 2004 ist vorgesehen, dass die fünf WoV-Abteilungen auf Wunsch und nach Rücksprache mit dem Controller ihre Produkte straffen können. Dabei sollen aber die Produktgruppen möglichst beibehalten werden, um Zeitreihen zu gewährleisten und den Aufwand für die Anpassung des ACCESS-Programmes für die Berichte gering zu halten.

Vor allem das Altersheim Steig, das heute über 8 Produkte verfügt, sieht eine Reduktion auf 4 Produkte vor. Das würde die Datenerfassung merklich reduzieren und vereinfachen, wozu Hand geboten werden kann. Schliesslich sind wir nach wie vor in der Pilotphase, wo Verbesserungen und Vereinfachungen gefragt sind.

Und nun zum Vorgehen der GPK:

Am 30. April 2003 - und im Besitze aller Unterlagen - wurde mit 6 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, Eintreten auf die Rechnung 2002 der Stadt Schaffhausen, einschliesslich der Jahresberichte der fünf WoV-Pilotabteilungen, beschlossen.

Als Schwerpunkt wurden die Steuerrestanzen per Ende 2002 ins Auge gefasst. Da sich herausstellte, dass eine solche Zusammenstellung äusserst aufwändig und vom Datenschutz her kritisch sein könnte, einigte man sich in einer späteren Sitzung auf die Einsichtnahme in Leistungsverträge/Leistungsvereinbarungen mit Institutionen, vor allem im kulturellen Bereich, welche von der Stadt alljährlich mit einem grösseren Betrag unterstützt werden. Ein Teil wurde bereits bestimmt, weitere werden folgen, sobald die Liste aller abgeschlossener Verträge vorliegt. Dies muss auf eine der nächsten GPK-Sitzungen hin möglich sein.

Wiederum wurden zwei Dreier-Gruppen gebildet. Deren Aufgabe war es, den Fragenkatalog zuhanden des Stadtrates zusammenzustellen. Der Sprechende war usanzgemäss bei beiden Gruppen dabei. Zusätzlich mussten beide Gruppen auch die Fragen für die WoV-Pilotabteilungen verfassen.

Am 15. Mai fand dann die erste Sitzung betreffend Fragenbeantwortung statt. Die zweite Lesung wurde am 28. Mai durchgeführt. Dazwischen fand am 20. Mai die Besprechung der Leistungsaufträge der WoV-Pilotabteilungen mit den Abteilungsleitern und dem Controller, Herr Werner Bianchi, statt. Alle Fragen konnten durch Frau Stadträtin Veronika Heller, durch die übrigen Stadträte, Frau Johanna Theiler von der Zentralverwaltung, Herr Alfred Stamm von der Fiko, den Herren Abteilungsleitern und Frau Würsdorfer der WoV-Pilotabteilungen sowie dem Controller, Herr Werner Bianchi, beantwortet werden. Bis auf den Uebertrag der Sasag-Aktien erfolgte die Fragenbeantwortung zur vollen Zufriedenheit der GPK.

Die GPK ist der Auffassung, dieser Uebertrag hätte im Jahre 2002 vorgenommen werden müssen, schliesslich basiert dieser Entscheid auf einem Beschluss des Grossen Stadtrates anlässlich der Budgetdebatte vom 11. Dezember 2001. Die GPK zeigte sich sehr enttäuscht, dass diese Transaktion ohne jegliche Information nicht vorgenommen wurde. Selbst auf Seite 203 der gedruckten Rechnung ist nichts zu finden. Seitens des Stadtpräsidenten wurde dann erklärt, dass der Stadtrat im Laufe 2002 festgestellt habe, dass die Rechnung 2002 keine grösseren Probleme, sprich Defizit, ergebe. Aus diesem Grunde wurde entschieden, den Uebertrag erst 2003 vorzunehmen.

Der SR befürchtet, dass aufgrund der wirtschaftlichen Lage - tiefere Steuereingänge und gleichzeitig steigende Sozialaufwendungen - die Rechnung 2003 sehr negativ ausfallen könnte. Dann könnten diese stillen Reserven Gutes tun bzw. die Rechnung 2003 verbessern. Die GPK blieb aber bei ihrer Meinung, dass einem Beschluss des Grossen Stadtrates auch der Stadtrat nachleben muss. Hätte man nämlich den Uebertrag vollzogen, dann wären die Abschreibungen nicht nur mit 8,5 % ausgefallen.

Deshalb stellt Ihnen die GPK den Antrag, dass der Uebertrag der Sasag-Aktien in der zweiten Jahreshälfte 2003 zu vollziehen ist. Die entsprechende Unterlage haben Sie heute erhalten.

Der Beschluss der GPK basiert auf dem Abstimmungsergebnis von 5 : 0 Stimmen, bei einer Enthaltung und einer Abwesenheit.

Ein zweiter Antrag, der vorliegt, betrifft die Rechnung der „Multikomponentendeponie Pflumm“. Die Verwaltungs-Kommission Kläranlage-Verband hat an ihrer Sitzung vom 21. Mai 2003, nach Abnahme der Rechnung durch die RPK, beschlossen, dass in der Jahresrechnung „Pflumm“, Seite 314, Position 94, Konto 318.70, nur die effektiven Transportkosten auszuweisen sind, d.h. die Differenz zwischen ausgewiesenem Aufwand und effektiven Transportkosten, in diesem Falle Fr. 34'499.30, dürfen nicht mehr, wie bisher, transitorisch auf die neue Rechnung übertragen werden. Das hat zur Folge, dass diverse Positionen geändert werden mussten, aber die Schlusszahlen bleiben gleich. Auch hier haben Sie die entsprechenden Unterlagen erhalten. Die betroffenen Blätter wollen Sie bitte nach Genehmigung in der heutigen Ratssitzung austauschen.

**Beide Anträge sind hiermit durch die GPK gestellt, und ich bitte Sie, beide Anträge gutzuheissen.**

In der Schlussabstimmung hat die GPK mit 6 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, den Anträgen des Stadtrates, siehe Seite XXV der gedruckten Rechnung, zugestimmt, d.h. die Jahresrechnung 2002 der Einwohnergemeinde Schaffhausen zuhanden des Grossen Stadtrates verabschiedet. Mit dem gleichen Abstimmungsergebnis wurden auch die Leistungsaufträge der 5 WoV-Pilotabteilungen gutgeheissen.

In der Zwischenzeit habe ich noch den Brief der Finanzkontrolle von Kanton und Stadt Schaffhausen, datiert 13. Juni 2003, erhalten, dessen Inhalt ich wie folgt zitiere:

„Die Finanzkontrolle hat die detaillierte Revision der Jahresrechnung 2002, so wie sie dem Grossen Stadtrat vorgelegt wird, mit Ausnahme des Bereichs Steuern, der aus Kapazitätsgründen erst teilweise geprüft werden konnte, abgeschlossen.

Die bisher vorgenommenen Kontrollen geben zu keinen Beanstandungen Anlass.

Allfällige Aenderungen an der Rechnung durch den Grossen Stadtrat werden wir nachprüfen.“

Nach Fertigstellung des Revisionsberichts und dessen Kenntnisnahme durch den Stadtrat wird dem Sprechenden eine Kopie des Berichts zugestellt werden.

Unterzeichnet ist der Brief von Herrn Alfred Stamm, Finanzkontrolle.

Zum Schluss danke ich allen Beteiligten, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Schaffhausen, allen WoV-Abteilungsleitern, der Finanzkontrolle, der Zentralverwaltung, den Referenten sowie der Finanzreferentin für die geleistete Arbeit sehr herzlich. Darin eingeschlossen sind selbstverständlich meine GPK-Kollegen sowie unser Ratssekretär René Gisler.

Sehr geehrte Ratskolleginnen und –kollegen,  
treten Sie auf die Rechnung 2002 sowie die Jahresberichte der fünf WoV-Pilotabteilungen ein und stimmen Sie ihnen sowie den beiden GPK-Anträgen zu. Besten Dank."

**Alfred Zollinger (SVP)**                      Fraktionserklärung SVP/EDU \*

"Die Fraktion SVP/EDU wird auf die Rechnung 2002 sowie die Leistungsaufträge der fünf WoV-Pilotabteilungen eintreten und ihnen sowie allen Anträgen, inkl. GPK-Anträge, zustimmen.

Erfreut haben wir vom besseren Ergebnis gegenüber dem Budget Kenntnis genommen, wofür wir allen Beteiligten bestens danken.

Weniger erfreut sind wir aber über den Stadtrat, der sich über den Beschluss des Grossen Stadtrates betreffend Uebertrag der Sasag-Aktien klammheimlich hinweggesetzt hat. Wir werden dem GPK-Antrag zustimmen, sind aber klar der Auffassung, dass der Erlös für den Schuldenabbau oder mindestens für zusätzliche Abschreibungen in der Rechnung 2003 verwendet werden muss. Mit einer geplanten Verschönerung der Rechnung können wir uns nicht einverstanden erklären. Bereits in den vergangenen Jahren wurden solche „Einmal-Erträge“, wie Verkauf Aktien der Baugesellschaft Niklausen, Erlös Polizeimittel anlässlich der Zusammenlegung etc., statt für Schuldenabbau, regelmässig zur Verschönerung der jeweiligen laufenden Rechnung verwendet.

Das ergibt ein falsches Bild und schiebt das Handeln durch die Exekutive hinaus. Auch wir sind der Ansicht, dass 2003 ein schwieriges Jahr sein dürfte. Aber genau in solchen Situationen sind Führer gefragt. Der Stadtrat muss sich folgendes überlegen und dann endlich handeln:

- Wo können Ausgaben gesenkt werden?
- Wo können Einnahmen erhöht werden?
- Welche Dienstleistungen können zurückgefahren oder abgebaut werden?
- Wo können Zusammenlegungen vorgenommen werden und zwar unabhängig von "sh.auf."?
- Müssen Personal-Austritte bzw. Pensionierungen ersetzt werden, oder sind innerhalb der Verwaltung Umplatzierungen oder Änderungen der Arbeitsabläufe bzw. der Zuständigkeiten möglich?
- Was ist "must", was ist "nice-to-have"? Für "nice-to-have" haben wir einfach keine Mittel, was auch für Projekte mit Präjudiz für weitere, gleichgesinnte Anliegen Gültigkeit hat.

Die verabschiedeten und noch vorliegenden Schulvorlagen ergeben zusammen jährliche Mehraufwändungen von über Fr. 700'000.--. Auch wir, die SVP/EDU stehen hinter diesen Verbesserungen. Aber trotzdem steht auch in diesem Zusammenhang die Frage im Raum: „Wie bzw. womit können diese Mehrausgaben kompensiert werden?“ Schliesslich ist die Jahresrechnung keine Einbahnstrasse, die nur von Mehrausgaben lebt!!

In der Detailberatung werden wir noch einige Fragen stellen. Wir weisen aber heute schon darauf hin, dass unsere gemachten Ueberlegungen in das sicher auch nicht einfache Budget 2004 einfliessen müssen. "

**Thomas Hauser (FDP)**                      Fraktionserklärung FDP \*

"Was sollen wir sagen zum heutigen Tag der Rechnung? Einerseits, es ist sehr warm. Wenn wir rückwärts blicken, das heisst, wenn wir die Rechnung 02 betrachten, können wir zufrieden sein. Wenn wir vorwärts blicken, dann sieht es für die Finanzen der Stadt Schaffhausen eher bitter aus. Die schlechte Wirtschaftslage und die sinkenden Umsätze im Detailhandel lassen im Bereich der Steuereinnahmen schon für das laufende Jahr recht rückläufige Zahlen erwarten.

Wie erwähnt, die Rechnung 02 hat erfreulich abgeschlossen und entspricht in grossen Zügen auch dem Voranschlag. Für diese gute Arbeit danke ich Namen der FDP-Fraktion allen, die zu diesem guten Resultat beigetragen haben.

Was uns an der Rechnung 02 nicht gefallen hat, ist der "vergessene" SASAG-Aktien-Verkauf. Die stadträtliche Aussage, man habe diesen Verkauf auf schlechtere Zeiten verschoben, hat anlässlich der Fraktionssitzung Kopfschütteln ausgelöst. Vor allem der Umstand, dass auch auf dem Kommentarblatt kein Wort zu lesen war, liess diverse Spekulationen aufkommen. Nun wie Sie vom GPK-Präsidenten gehört haben, soll der an sich verpasste und abgeschlossene Verkauf oder Nichtverkauf, wie Sie wollen, heute korrigiert werden. Trotz dieser kleinen negativen Kritik wird die FDP-Fraktion auf die Jahresrechnung 02 eintreten und den Anträgen zustimmen.

Aber mit grossem Bedenken erwarten wir die Rechnung 03 - und darin vor allem die Steuereinnahmen, die wesentlich tiefer als budgetiert ausfallen dürften. Und so stellen wir uns die Frage, wie wir diese Mindereinnahmen kompensieren können. Wenn wir erkennen, dass in der Wirtschaft einerseits die Umsätze praktisch überall sinken, und andererseits das Personal in der Wirtschaft ständig abgebaut wird - und dadurch eben die Steuereinnahmen zurückgehen, aber gleichzeitig in der öffentlichen Verwaltung auf all die Restrukturierungs- und Effizienzsteigerungs-Massnahmen der Wirtschaft nichts passiert, dann muss die Waage aus dem Gleichgewicht kommen. Dann verliert der Bürger das Vertrauen und beginnt zu sparen, statt zu konsumieren und zu investieren. Ich weiss nicht, wie viel gespartes Geld in der Schweiz zu niedrigen Zinsen auf Bankbüchlein liegt - vielleicht kann dazu Edi Mittler eine Aussage machen. Aber der Verwaltungsapparat der öffentlichen Hand muss schlanker und kostengünstiger werden, damit wir die Finanzen im Griff behalten können. Und das Thema neue Strukturen in der öffentlichen Verwaltung ist ja nicht neu; wir kennen mindestens seit dem Jahre 1979 das Buch - "Expertenbericht der 17 Weisen" - bzw. den Kommissionsbericht der 17 Weisen von Dr. Alfred Bernhard. Seit 1979 wurden zwei, drei Anregungen aus diesem Buch in mühsamer Arbeit in die Tat umgesetzt. Aber Vieles wäre noch zu tun. So bleibt zu hoffen, dass wir vielleicht über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung oder über das Projekt 'Schaffhausen auf' zu längst fälligen und effizienteren Verwaltungsabläufen kommen, welche die Ausgaben senken, Vertrauen schaffen, und die BürgerInnen von einem Anti-Sparkurs überzeugen können.



Nun die Jahresrechnung 02 ist abgesehen von den SASAG - Aktien Geschichte. Darum habe ich mir einen Blick in die Zukunft erlaubt. Abschliessend nochmals: Die FDP - Fraktion wird die Rechnung 02 gutheissen."

**Peter Möller (GB)** Fraktionserklärung OeBS/FDP/GB \*

"Was gibt es bei der Abnahme der Jahresrechnung nach den jeweils regelmässig fundierten Ausführungen des GPK-Präsidenten noch gross zu sagen? Sofern keine massiven Verschlechterungen im Vergleich zum Voranschlag zu konstatieren sind, relativ wenig. Interessant sind aber immer die Informationen, die man im Rahmen der Rechnungsdiskussion mit Bezug auf die Entwicklung im laufenden Jahr erhält. Diese sehen nun aber doch recht bitter aus, zumindest was den Umsatz der Altstadtgeschäfte angeht. Das ist bedauerlich, denn unsere Altstadtgeschäfte tragen sehr viel dazu bei, dass unsere Stadt attraktiv und lebendig ist. Ich kann mir in diesem Zusammenhang doch eine ketzerische Bemerkung nicht verkneifen. Über Jahre hinweg haben die Pro City und ihre Sprachrohre über eine angebliche Parkplatznot in der Altstadt gejammert. Nun ist das - zumindest teilweise - lange ersehnte Parkhaus Herrenacker gebaut und eingeweiht. Gleichwohl gehen die Umsätze massiv zurück. Könnte es denn nicht sein, dass die Anzahl der Parkplätze, im Vergleich zu anderen Parametern wie allgemeine Wirtschaftslage, Konsumentenstimmung und Produktemix, schon immer eine eher untergeordnete Rolle gespielt hat?

Aber wir befinden uns ja heute nicht in einer Parkplatzdiskussion, sondern es geht um die Rechnungsabnahme. Hier ist zuallererst einmal den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt auf allen Stufen ein Dank abzustatten. Nur dank ihrer Mithilfe konnte die Rechnung 2002 einmal mehr besser als erwartet abgeschlossen werden. Besorgniserregend ist aber, dass die Kennzahlen deutlich schlechter als bei der Rechnung 2001 ausgefallen sind; sie haben es bereits gehört. Ebenso Grund zur Sorge gibt die Ankündigung des Stadtrates, dass es mit den Steuereinnahmen im Jahr 2003 - soweit dies jetzt schon abschätzbar ist - eher schlecht aussieht. Daher erscheint der Entscheid des Stadtrates, die SASAG-Aktien noch nicht an die städtischen Werke zu übertragen und damit stille Reserven aufrecht zu erhalten, nachvollziehbar. Gleichwohl ist auch in unserer Fraktion das Vorgehen des Stadtrates auf Kritik gestossen.

Ein wenig Historie: Der Grosse Stadtrat hat diese Übertragung am 11. Dezember 2001 nach engagierter Diskussion mit 28 zu 17 Stimmen beschlossen. Bei der Beratung der Vorlage betreffend der Einlösung der Kaufoption SASAG-Aktien am 4. März 2003 wurde vom Stadtrat zumindest der Eindruck vermittelt, als ob die Übertragung bereits erfolgt sei und es unter anderem auch daher widersprüchlich wäre, die neu zu erwerbenden Aktien dem Finanzvermögen der Stadt zuzuweisen (Protokoll S. 114). In der Rechnung findet sich nun bei der entsprechenden Position auch kein Kommentar. Erst auf Nachfrage der GPK hin wird diese informiert. Mir scheint dieses Vorgehen insbesondere auch unter dem Begriff einer offenen Kommunikation schon mehr als unglücklich. Sofern es gute Gründe für einen Aufschub gab - was anscheinend der Fall ist - wäre es doch eine Selbstverständlichkeit gewesen, angesichts der finanziellen Tragweite und der Umstrittenheit der Entscheidung, zumindest die GPK frühzeitig und offen über diesen Entscheid zu informieren. Dass dies nicht erfolgt ist, scheint mir bedauerlich und hinterlässt einen bitteren Beigeschmack. Soviel nun zur Vergangenheitsbewältigung.

Wir werden heute noch zu beschliessen haben, wie dieser Rat das Vorgehen in dieser Sache sieht. Ich gehe davon aus, dass die Mehrheit unserer Fraktion den Beschluss aus dem Jahr 2001 noch vollziehen lassen möchte. Für mich ist jedoch klar, dass dies nur für einen unveränderten Beschluss gilt, d.h. die Übertragung hat ohne Zweckbindung hinsichtlich des Erlöses zu erfolgen.

Noch eine kurze Bemerkung zu den Jahresberichten der WoV-Betriebe. Diese haben ja - was erfreulich ist - gut abgeschlossen. Insbesondere ist hervorzuheben, dass sich nunmehr mehr und aussagekräftigere Kommentare in den Berichten befinden. Hierfür ein Dank an die Verantwortlichen.

Die OeBS/EVP/GB-Fraktion wird auf die Rechnung 2002 eintreten. Allenfalls werden sich einzelne Mitglieder unserer Fraktion in der Detailberatung noch zu Wort melden."

**Andres Bächtold (SP)** Fraktionserklärung \*

"Vor einem knappen Jahr habe ich aus gleichem Anlass bemerkt, die Rechnung schliesse traditionellerweise besser ab als budgetiert. Das ist auch in diesem Jahr, wie vieles andere auch, nicht anders. Auch die Behandlung des Geschäfts in der GPK verlief im Prinzip wie jedes Jahr. Sie haben es vom Präsidenten, welchem ich an dieser Stelle für die speditive und umsichtige Sitzungsleitung und die umfassende Berichterstattung danken möchte, gehört.

Die vorliegende Rechnung schliesst also, den nicht getätigten Verkauf der SASAG-Aktien mit berücksichtigt, mit einer Differenz zum Budget von knapp Fr. 5 Mio sogar deutlich besser ab als prognostiziert. Man kann also zufrieden sein und der Finanzreferentin, der Finanzverwaltung und sämtlichen Mitarbeitenden der städtischen Verwaltung für deren Kostenbewusstsein und den Einsatz herzlich danken. Da das Budget jeweils ziemlich ausgepresst wirkt und der GPK trotz hartnäckigem Hinterfragen kaum Spielraum zu Korrekturen bietet, ist das nicht selbstverständlich. Die Verwaltung ist offensichtlich - erfolgreich - bemüht, sorgsam mit den wieder spärlicher werdenden Steuereingängen umzugehen. Auch der Stellenplan wird nicht unnötigerweise ausgereizt, liegen doch die Personalkosten mit gut Fr. 2 Mio deutlich unter den Budget-Vorgaben.

Die Rechnung schliesst also akzeptabel ab, was den Stadtrat bewogen hat, einen Parlamentsentscheid zu missachten und auf den SASAG-Aktienverkauf an die Städtischen Werke vorläufig zu verzichten, und dafür die willkommene Dividende einzustreichen. Das erstaunt uns doch sehr, da wir unter anderem beim Budget genau damit argumentiert und vor dem Verkauf des Tafelsilbers gewarnt haben. Erfolglos, leider. Das gab in der GPK und in der SP-Fraktion einiges zu diskutieren und wird auch in der folgenden Detaildebatte zu reden geben. Der Buchgewinn war für den Ausgleich der laufenden Rechnung zwar zugegebenermassen nicht notwendig. Dafür sollten solche Devestitionen aber auch nicht in erster Linie dienen, da schliessen wir uns der Meinung des GPK-Präsidenten an. Es hätten aber Abschreibungen in dieser Höhe oder Rückstellungen für künftige Investitionen gebildet werden können - oder eben müssen.

Der an sich befriedigende Rechnungsabschluss könnte also beruhigen, auch mit Blick in die Zukunft. Allerdings kann nicht übersehen werden, dass er ausser den erwähnten Gründen auch aufgrund ungenügender Abschreibungen zustande kam.

Und die Ausgaben für den baulichen Unterhalt sind, obwohl sie knapp Fr. 1/2 Mio über dem Budget liegen, nach wie vor ungenügend. Darauf wird aber beim nächsten Budget wieder zurückzukommen sein. Die Stadt hat also zu Gunsten einer ausgeglichenen Rechnung die Spielräume genutzt. Ob sich das mittel- bis langfristig auszahlt, wagen wir zu bezweifeln. Die ausgeglichene Rechnung kann auch falsche Signale setzen und Hoffnungen wecken, welche nicht eingelöst werden können. Hinweise darauf finden sich in den wesentlichen Kennzahlen, welche allesamt Abwärtstendenz aufweisen. Der Selbstfinanzierungsgrad hat nach einem Zwischenhoch 2001 ein wieder alarmierend tiefes Niveau erreicht, während die Verschuldung weiter gestiegen ist. Es wird in Zukunft also noch schwieriger werden, die kommunalen Aufgaben zufriedenstellend zu erfüllen. Für Investitionen stehen bereits jetzt nur noch ungenügende Mittel zur Verfügung. Und dieser Trend wird sich verschärfen, da Bund und Kanton hemmungslos Kosten abwälzen, welche letztendlich durch die Kommunen oder durch die privaten Haushalte, welche auch über immer weniger Spielraum verfügen, zu kompensieren sein werden. Und Mehreinnahmen werden kaum zu generieren sein. Auf Grund der Wirtschaftslage werden bereits für das laufende Jahr deutlich geringere Steuereingänge erwartet und Gebühren können auch nicht beliebig angehoben werden. Da ist zum Mindesten im Bereich der Altersheimtaxen - auch nach Auffassung des Stadtrates - die Schmerzgrenze erreicht oder eher schon überschritten.

Das sind aber Ausblicke, welche mit der Rechnung an sich nichts zu tun haben. Aber die Bewältigung der Vergangenheit ist eben auch geeignet, Trends zu erkennen und sich Gedanken zu künftigen Budgets zu machen. Bei den WoV-Leistungsaufträgen ist das sogar zwingend notwendig. Und hier stelle ich erneut fest, dass die GPK mit der seriösen Beschäftigung mit den WoV-Pilotabteilungen zeitlich an Grenzen stösst, und damit dem grossen Aufwand und Engagement der involvierten Mitarbeitenden der Städtischen Verwaltung kaum gerecht wird. Obwohl festzuhalten ist, dass das direkte Gespräch mit den AbteilungsleiterInnen sehr aufschlussreich ist und Erkenntnisse über Verwaltungs- und Arbeitsabläufe erlangt werden können, welche über die konkreten Fragestellungen hinausgehen. Andererseits haben wir in der Fraktion aber festgestellt, dass es interessierten ParlamentarierInnen kaum möglich ist, sich anhand des Jahresberichts ein genügend fundiertes Bild zu machen, um wirklich steuernd eingreifen zu können. Da die WoV-Umsetzung nun aber beschlossene Sache ist, denke ich, dass insbesondere die notwendige Parlamentsreform nun schnell vorbereitet werden muss und demzufolge der repräsentativ zusammengesetzte Steuerungsausschuss möglichst rasch aktiv werden sollte.

In der Gesamtwürdigung der Jahresrechnung 2002 schliessen wir uns der Meinung des Stadtrates an. Der Abschluss befriedigt, trotz des guten Ergebnisses, keineswegs, und ist - leider - zumindest nicht geeignet, in den nächsten Jahren ernsthaft weitere Steuersenkungen ins Auge zu fassen. Andernfalls müsste offengelegt und kommuniziert werden, wo und in welchem Umfang Leistungen abgebaut und welche dringenden Investitionen weiterhin auf die lange Bank geschoben werden sollen. Der Stadtrat kündigt in der Jahresrechnung die Prüfung verschiedener Massnahmen an, wir sind gespannt.

Vorläufig wird die SP-Fraktion aber, auch mangels Alternativen, und da das Geld sowieso wie verbucht ausgegeben bzw. eingenommen worden ist, auf die Rechnung und die Leistungsaufträge der WoV-Pilotabteilungen selbstverständlich eintreten und,

nach einigen kritischen Bemerkungen in der Detailberatung, den Anträgen auch zustimmen."

**Stadträtin Veronika Heller**      Stellungnahme des SR \*

"Diese Rechnung ist eine etwas besondere. Sie erinnern sich: am 3. März 2002 hat die Stimmbevölkerung das Budget 2002 - samt dem seit langem erstmals wieder gesenkten Steuerfuss von 112 auf 109 Punkte - mit rund 70 % Ja-Stimmen gutgeheissen.

Werfen wir also einen sonnigen Blick auf diese Zahlen. Alles "tempi passati" - mit einer Ausnahme, das haben wir gehört. Darauf kommen wir später zurück.

Deshalb bin ich froh, dass wir Ihnen heute einen Rechnungsabschluss vorlegen können, der sogar noch etwas besser ausgefallen ist als das ursprüngliche, vorsichtige Budget.

Allerdings war das nur auf Kosten reduzierter Abschreibungen möglich, die jedoch aufgrund der Übergangsbestimmungen des Gemeindegesetzes noch im Rahmen des Zulässigen liegen. Ich bin deshalb nicht ganz einverstanden mit Andres Bächtold, wenn er von ungenügenden Abschreibungen spricht.

Leider konnte bei den Steuereinnahmen das gute Ergebnis von 2001 nicht wiederholt werden - dies trotz einer Zunahme der Bevölkerung im Jahr 2002 um 242 EinwohnerInnen. Das war jedoch insofern vorauszusehen, als im Vorjahr ausserordentliche Einmalsteuern eingingen.

Die Umstellung auf die Gegenwartsbesteuerung brachte zahlreiche Revisionsanträge. Mit deren Aufarbeitung zeigte sich auch, dass diese zu einem grossen Teil berechtigt waren, und unsere Prognosen gegen Ende des letzten Jahres leider auf ein realistischeres Mass zurück geschraubt werden mussten.

Ich bin froh, dass wir mit 96 Mio Netto-Ertrag bei den Steuereinnahmen vorsichtig budgetiert haben - eingegangen sind schliesslich rund 98,6 Mio Franken.

Dankbar bin ich, dass die Verwaltungsabteilungen einmal mehr sehr viel Budgetdisziplin bewiesen haben, sowohl beim Personalaufwand wie auch beim Sachaufwand. Das hat ebenfalls zum relativ guten Ergebnis beigetragen.

Um allfälligen Fragen vorzugreifen, die aus den Fraktionen bereits bei mir gelandet sind, werde ich dem Ratssekretär eine Zusammenstellung zu Handen des Protokolls übergeben, in der die Steuereinnahmen (ohne Ausgaben) mit den gesamten Personalkosten (inkl. Lehrerinnen und Lehrer, Sozialbeiträge usw.) von 1991 bis zum Jahr 2002 verglichen werden.

Eckdaten:

1991	80,4 Mio Steuern	68,7 Mio Personalkosten	oder 85,4 %
1997	94,4 "	82,9 "	oder 87,8 % (*)
2002	100,4 "	79,8 "	oder 79,5 % (**)

(\*) 1997 war das Jahr mit dem rezessionsbedingten Einbruch bei den Steuereinnahmen;

(\*\*) bei den Personalkosten weggefallen sind u.a. die Polizei und die Finanzkontrolle

Man kann sagen, dass wir bei den Personalkosten die Kontrolle haben und uns diese überhaupt nicht aus dem Ruder laufen.

## Stadt Schaffhausen

### Personalkosten und Steuereinnahmen seit 1991

	<b>STEUERN</b> in Mio Franken	<b>PERSONALKOSTEN</b> in Mio Franken	<b>in % der Steuern</b>
1991	80.4	68.7	85.4
1992	83.6	72.0	86.1
1993	91.9	76.1	82.8
1994	93.4	77.6	83.1
1995	100.4	80.0	79.7
1996	98.8	83.6	84.6
1997	94.4	82.9	87.8
1998	94.6	81.1	85.7
1999	96.2	76.4	79.4
2000	94.9	80.1	84.4
2001	107.3	77.1	71.9
2002	100.4	79.8	79.5

Insgesamt vermag der Abschluss, insbesondere wegen des negativen Finanzierungssaldos von 8,6 Mio Franken nicht zu befriedigen.

Vor dem Hintergrund der stagnierenden Wirtschaftslage und der Konjunktur, die nicht in Schwung kommen will, hat der Stadtrat - im Gegensatz zum Bund und Kanton - auch bereits gehandelt. Wie Sie aus den Berichten der Klausurtagung von anfangs April 2003 wissen, wird die Strukturreform mit der Konzentration auf 12 Leistungsbereiche ab den nächsten Jahr wichtige Änderungen bringen, und mit WoV sind wir ohnehin schon auf gutem Wege.

Erholt sich die Wirtschaft nicht, so wird auch das nicht reichen, und wir werden uns weitere Schritte einfallen lassen müssen.

Bei den Kennzahlen haben sich nämlich, ausser der Zinsbelastungsquote, alle verschlechtert.

Besonders schmerzlich ist der Umstand, dass der Selbstfinanzierungsgrad mit 43,03 % trotz gesunkener Bruttoinvestitionsquote noch schlechter wurde und nur 1997 und 1998 noch tiefer lag.

Schwierig wird es insbesondere im Bereich Investitionen werden. Ich wiederhole mich, sage es jedoch gerne noch einmal. Die Stadt hat sich während der ganzen Rezession der 90er-Jahre - richtigerweise - antizyklisch verhalten.

Jetzt stecken wir mit der ganzen Weltwirtschaft schon wieder in einer Rezession, wenn nicht in einer Stagnation. Die unerlässliche Erholungsphase jedoch ist spurlos an uns vorbeigegangen. Ohne Erholungsphase jedoch, die einen Schuldenabbau erlaubt hätte, wird es nicht möglich sein, das Investitionsvolumen aufrecht zu erhalten.

Mit einem Kapitalkonto von lediglich 2,4 Mio können wir wahrlich keine grossen Sprünge machen.

Wir, d.h. der Stadtrat, planen deshalb einen INTEGRIERTEN AUFGABEN- UND FINANZPLAN (IAFP), d.h.

- eine mittelfristige, rollende Planung, Stufe (Leistungs-)Bereich
- Zeithorizont 4 Jahre
- Ziele je Bereich
- Leistungsangebot, Finanzen, Massnahmen werden verknüpft mit Priorisierung entsprechend den finanziellen Möglichkeiten und zusammengefasst zur Gesamtentwicklung Stadt;

Dieser IAFP soll bis Herbst/Ende des laufenden Jahres den bisherigen Finanzplan ablösen, der weit eher einer Wunschliste entsprach als einer echten Entscheidungsgrundlage.

Auf den übergeordneten Ebenen ist ebenfalls einiges in Bewegung geraten. Einig sind sich Stadtrat und Regierungsrat, dass Reformbedarf besteht. Schade nur, dass das gut gestartete Projekt des Kantons sh.auf - das allerdings die Ressourcen der städtischen Exekutive und der ChefbeamtlInnen in hohem Masse bindet - mit den Entlastungsprogrammen des Kantons im Moment nicht koordiniert ist, und von dort weitere Lastenverschiebungen auf die kommunale Ebene drohen.

Hinzu kommt, dass auf Bundesebene dasselbe passiert zwischen dem NFA und dem Entlastungsprogramm von 3,5 Mrd. Eine Koordination fehlt, und kein Bereich wird so strapaziert wie der öffentliche Verkehr - frankenmässig und prozentual. Die "Gemeinsame Plattform des Individualverkehrs und des öffentlichen Verkehrs zu den Sparmassnahmen des Bundes" ist heute eingetroffen. Dahinter stehen

- die Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV)
- die Schweiz. Bau-, Planungs- und Umweltschutzdirektoren-Konferenz (BPUK)
- der Schweizerische Städteverband (SSV)
- der Schweizerische Gemeindeverband (SGV)
- der Informationsdienst für den öffentlichen Verkehr (LITRA)
- der Schweiz. Strassenverkehrsverband (FRS)
- PostAuto Schweiz
- TCS

Diese Kreise versuchen, mitzutragen, dass auch der Bund gewisse Vorhaben nicht im vorgesehenen Zeitrahmen realisieren kann, dass aber die Verkehrsprojekte nicht dermassen lange aufgeschoben werden.

Die Verkehrsverbindungen guter Qualität sind jedoch für die Stadt und die Region Schaffhausen von eminenter Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung. Es lohnt sich also, sich hier einzusetzen und am Ball zu bleiben - sonst sind wir bald ganz weg vom Fenster. Das darf nicht passieren.

Auf weitere Details werde ich nicht eingehen. Die Zusammenarbeit bei der Beratung der Rechnung 2002 mit der GPK war wiederum sachlich und angenehm. Der GPK-Präsident hat dies ausführlich geschildert. Ihm und allen weiteren Mitgliedern der GPK sowie unserem geschätzten Ratssekretär und Protokollführer danke ich herzlich.

Allen, die zum relativ guten Ergebnis dieser Rechnung beigetragen haben, insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt sowie meinen Stadtratskollegen danke ich für die Budgetdisziplin.

Last but not least danke ich den Medien im Voraus für die korrekte Berichterstattung.

Auf die Fraktionserklärungen werde ich nicht zurückkommen. Was die SASAG anbetrifft, so wird hierzu der Stadtpräsident Stellung nehmen.

Der GPK-Präsident hat den Brief der Fiko bezüglich Prüfung der Jahresrechnung 02 verlesen. Sie sehen im Geschäftsbericht des SR auf Seite 36, dass es 2002 infolge überdurchschnittlicher Krankheitsabsenzen personelle Kapazitätsengpässe in der Fiko gegeben hat. Dies ist mit ein Grund, weshalb noch nicht alles gemacht werden konnte. Da bin ich im Gespräch mit dem zuständigen Finanzdirektor des Kantons. Wir werden im Laufe dieses Jahres eine Lösung finden für das Budget 04.

Insgesamt bin ich froh, dass Sie die Rechnung 02 und die WoV-Berichte gut aufgenommen haben.

In der Detailberatung werden wir versuchen, Ihre allfälligen Fragen zu beantworten. Da vor allem in der SP-Fraktion verschiedene Fragen zu den WoV-Berichten aufgeworfen wurden, hat sich Werner Bianchi bereit erklärt, heute Abend hier zu sein. Da er heute jedoch Hochzeitstag feiert, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie ihn dann nicht allzu lange festhalten. Viele der aufgeworfenen Fragen sind nämlich solche, die eigentlich der Steuerungs-Ausschuss Ihres Parlamentes diskutieren müsste.

Zum Schluss bitte ich Sie, auf die Rechnung 2002 sowie auf die Jahresberichte WoV einzutreten und diesen sowie den aktualisierten Anträgen der GPK zuzustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit."

**Peter Wullschleger (CVP)**      Votum \*

"Nach diesen ausführlichen Informationen der Finanzreferentin muss ich Sie wieder in die Niederungen der allgemeinen Überlegungen zurück bringen, nachdem ich offensichtlich nicht die Möglichkeit hatte, vor der Finanzreferentin noch einiges zu sagen. Ich kann aber die Finanzreferentin beruhigen, welche sich für das gute Entgegennehmen der Rechnung durch die Fraktionssprecher bedankt hat. Auch ich habe nur wenige "Haare in der Suppe" gefunden, was mir nicht erlaubt, jetzt noch massiv zurück zu schlagen.

Die rote Null der Rechnung 2002 der Stadt Schaffhausen lässt uns einmal mehr mit einem blauen Auge davon kommen. Wie der Stadtrat aber richtigerweise festhält, vermag der Abschluss insgesamt nicht zu befriedigen. Dem pflichtet die CVP bei.

Zutreffend ist auch, dass der Stadtrat für die Zukunft wiederum verschiedene Massnahmen prüfen muss, soll die finanzielle Lage der Stadt nicht noch schiefer werden. Jedenfalls mussten wir mit einem gewissen Unbehagen zur Kenntnis nehmen, dass 2002 die ungedeckte Schuld anwuchs, der Zinsendienst einen Sprung nach oben tat, die Sozialausgaben mächtig zulegten und Bundesbeiträge spärlicher flossen. Glücklicherweise erwiesen sich aber die Personalkosten für das Jahr 2002 als erheblich zu hoch budgetiert - wieso eigentlich? -, gingen mehr Steuern und Heimtaxen ein als veranschlagt und wurden die Abschreibungen knapp gehalten, sonst hätte es nebst einem blauem Auge noch eine kräftige Hirnerschütterung abgesetzt.

Allen, die dazu beigetragen haben, dass wir es nur mit einem kosmetischen Problem zu tun haben, sei deshalb an dieser Stelle gedankt. Gleichzeitig erinnere ich jedoch daran, dass dieser finanzpolitische Bluterguss das Stadtschaffhauser Antlitz noch lange zieren wird. Verschwinden wird dieses Hämatom erst, wenn bezüglich der Ausgabenseite tiefgreifende Massnahmen an die Hand genommen werden. Ich weiss, eines Tages wird dies geschehen. Sicher nicht nächstes Jahr. Wer mag schon in einem Wahljahr von Reformen, Zusammenlegung von Ämtern, Einfrieren oder sogar Abbau des Personalbestandes und Leistungsbeschränkung sprechen?

Wer solche Themen jedoch nicht zielstrebig angeht, muss damit leben, dass Rechnungsjahre wie 2001 Eintagsfliegen bleiben. Das hat der Stadtrat zwar ausdrücklich nicht gehofft, obwohl bereits letztes Jahr alles dafür gesprochen hat und auch entsprechende Warnungen ergingen. So hat es schon bald Tradition, dass ich in Zusammenhang mit der Rechnungsabnahme mahnende Worte an Sie richten darf, um dann anzukündigen, dass die CVP die Rechnung genehmigen wird und erst noch ohne viel Aufhebens zu machen. Das dürfen auch Sie mit gutem Gewissen tun. Das Geld wurde nämlich rechtmässig ausgegeben. Ob es richtig ausgegeben wurde, ist nicht nur der herrschenden Temperaturen wegen eine müssige Frage, wie sich auch trefflich streiten lässt, ob es richtig war, die SASAG-Aktien nicht im Rahmen der Rechnung 2002 auf die Städtischen Werke zu übertragen."

**Urs Tanner (SP)** Votum \*

"Die Kollegen Thomas Hauser und Peter Möller haben sich sanft, Fredy Zollinger heftiger zum Übertrag oder besser Nichtübertrag der SASAG-Aktien in die Separatrechnung der Städtischen Werke geäussert.

Ich erlaube mir, als Parlamentarier und VK-Mitglied ebenfalls noch etwas zu sagen.

Meine Rüge basiert auf den Wortprotokollen zweier Sitzungen.

Scheindebatte, Phantomdiskurs, Verschwendung von Sitzungsgeldern, man weiss nicht so genau, wie man die sasag-Posse bezeichnen soll.

Rückblende 1:

Dezember 01 - Budgetdebatte 02: Kollege Kurt Zubler beantragt, den Uebertrag der SASAG-Aktien in die Rechnung der Städtischen Werke zu streichen. Er spricht von Bilanzzaubertrick und Phantomertrag.



Stadtpräsident Marcel Wenger am selben Ort, zur selben Zeit:

Zitat aus dem Protokoll:

„Wir betreiben eine nachhaltige Ertragspolitik, wenn wir dieses Aktienpaket ins Eigentum der Werke übertragen“

„Sie können sich auf den Standpunkt stellen, es spiele keine Rolle, ob dieses Aktienpaket der Stadt oder den Städtischen Werken gehöre. Das ist nicht so.“

Rückblende 2:

Ratssitzung vom 4.3.03

Einlösung Kaufoption SASAG-Aktien

Wieder Stadtpräsident Marcel Wenger, zitiert aus dem Wortprotokoll:

"Wenn Sie dem SP-Antrag heute zustimmen, und die SASAG-Aktien in das Finanzvermögen der Stadt einfügen wollen, dann stehen Sie im Widerspruch zum von Ihnen genehmigten Budget 02 und dem Beschluss, die SASAG-Aktien in Höhe von 2.6 Mio in die Rechnung der Städtischen Werke zu übertragen."

Später sagt Marcel Wenger dann noch:

„Mit der Erhöhung der Beteiligung der St. Werke an der SASAG verstärken wir das Unternehmensmodell.“

Mit all diesen Aussagen unterstreicht Marcel Wenger die Tatsache, dass die Aktien bereits übertragen worden sind. Er tut dies aber im Wissen, dass der Budget-Auftrag 02 eben nicht erfüllt wurde.

Ich weiss ehrlich gesagt noch nicht, wie die ganze Geschichte einzuordnen ist: Hat uns Marcel Wenger vorsätzlich die Unwahrheit gesagt, oder eventualvorsätzlich? Oder wurde die ganze Geschichte vergessen, was auch nicht ganz ohne wäre? SASAG-politisch könnte sich die SP jetzt zurücklehnen und sagen: "Gewonnen, Ziel erreicht, wir haben die Aktien dort, wo wir sie immer haben wollten."

Aber finanzpolitisch und auch ganz einfach demokratisch und ethisch ist der ganze Ablauf ein Skandal. Prophetisch hat sich die Vorhersage Zublers, das Ganze sei Bilanzzauberei, eben erfüllt. Wenn Sie das von Anfang an zugegeben und offen kommuniziert hätten, hätte man sich manche Peinlichkeit, viele Scheindebatten und Sitzungsgelder ersparen können.

Dass alle Mitglieder des GrSR, welche der VK der Städtischen Werke angehören, von dieser Nichttransaktion auch nichts gewusst haben, ist noch eine Nebenbemerkung, welche meine Kollegen sicher bestätigen können.

Was ist die Quintessenz?

Im Rahmen einer Budgetdebatte machen wir nie mehr solche Geschäfte. Das geht nicht. Das haben gezeigt das Quartierzentrum Herblingen, das Hallenbad, die SASAG-Aktien. Wir müssen das künftig im Rahmen eines Berichtes und Antrages des SR tun."

**Stadtpräsident Marcel Wenger**

"Ich bedanke mich für die Gelegenheit, nachdem die Finanzreferentin zum angenehmen Teil gesprochen hat, die Kohlen aus dem Feuer zu holen. Das mache ich sehr gerne. Ich nehme gleich Stellung zu den Vorwürfen von Urs Tanner. Er hat zurück geblickt auf die Budgetdebatte im Dezember 2001. Es ist klar, wir hatten ein sehr schwieriges Budget 2002 zu bewältigen. Es ging darum, einen Kampf zu führen zwischen zwei verschiedenen Lagern. Die einen befürworteten eine Steuerfuss-Senkung, die anderen waren für die Belassung des Steuerfusses und Erhöhung der Investitionen. Wir haben eine Lösung gesucht, indem wir Ihnen eine interne Devestition vorgeschlagen haben. Die interne Devestition ist eine intelligente Lösung. Man kann nicht entstehende politische Differenzen überbrücken, indem man versucht, mehr Mittel ins System einzufügen, ohne dass man verkauft. Wir hätten ja eine externe Devestition vorschlagen können. Das wäre sicher nicht im Sinne des Grossen Stadtrates gewesen, auch nicht im Sinne der SP Fraktion, die im Grunde keine Veräusserung von Beteiligungen der Werke oder der Stadt wünscht. Das haben wir nicht getan.

Im März 2002 wussten wir noch nicht, wie die Rechnungssituation in der Stadt Schaffhausen aussieht. Wir wussten dies praktisch bis Ende 02 nicht. Wir wussten erst im Januar/Februar 03, dass die Rechnung 02 weniger Probleme ergeben wird als budgetiert. Die Zahlen sind sehr spät gekommen. Ich habe nicht allein gehandelt und diesen Entscheid nicht böswillig in Wiedererwägung gezogen. Ich habe mit der Zentralverwaltung darüber kommuniziert, ob es aus Sicht der ZV Sinn macht, diesen Übertrag so vorzunehmen oder nicht. Der Zentralverwalter hat mir dann signalisiert, er würde empfehlen, dieses Geschäft zu verschieben, weil eben die Situation bei den Steuereinnahmen 2003 aufgrund der aktuellen Konjunkturlage wesentlich schlechter aussieht. "Spare in der Zeit, so hast Du in der Not." Das ist ein Satz, den ich gelernt habe. "Spare in der Zeit, dann hast Du Deine Not", das erlebe ich heute Abend. Ich habe betriebswirtschaftlich kein schlechtes Gewissen. Ein schlechtes Gewissen habe ich - da muss ich dem GPK-Präsidenten und ein Stück weit auch Urs Tanner recht geben - dass wir darüber nicht informiert haben. Hier hätten wir einen Bericht machen können. Wo Fehler passiert sind, muss man dazu stehen. Aber dass ich hier gelogen hätte, das ist nicht der Fall. Wir haben eine Neubeurteilung der Lage vorgenommen. Ich möchte Sie schon bitten, von der Skandalisierung dieses Vorgangs abzusehen. Es gibt nichts zu skandalisieren, wenn wir versuchen, die Rechnungsvoraussetzungen für das Jahr 2003 zu verbessern. Wenn Sie wünschen, kann ich mich dafür expressis verbis entschuldigen. Aber ein schlechtes Gewissen haben Sie mir damit nicht eingejagt."

**Roland Schöttle (FDP)** äussert sich enttäuscht darüber, dass er diese Erklärung nicht von der Finanzreferentin hören konnte. Er geht davon aus, dass solche Entscheide sicher nicht ohne Wissen der Finanzreferentin gefallen sind. "Wir debattieren heute die Jahresrechnung."

**Esther Bänziger (SP)** erklärt, dass diese SASAG-Geschichte ihre Auffassung bestätigt und was sie auch früher oft moniert hat, "dass wir immer nur das erfahren, was wir eigentlich schon wissen. Es fehlt schon ein wenig an der Sensibilität dafür, wo Kommunikation und Transparenz am Platz wären. Die SP hat sehr früh signalisiert, sie fände, dass diese Aktien bei der Stadt bleiben sollten. Dies nicht zuletzt aus dem Grunde, dass die Dividende weiterhin in die Stadtkasse fliessen sollte.

Ich werde den Verdacht nicht los, dass man diesen Übertrag mit Blick auf die Verselbständigung der Werke machen wollte. Das Volk hat die Verselbständigung der Werke abgelehnt. Darum ist dieser Übertrag offenbar gar nicht mehr so wichtig. Ich möchte den SR bitten, das Parlament ernst zu nehmen und dieses über wesentliche Dinge zu informieren."

**SR Veronika Heller** - Replik auf das Votum von Roland Schöttle

"Ich habe die GPK informiert. (Anmerkung der Redaktion: Dies geschah beim Eintreten am 30. April 03 auf eine entsprechende Frage des GPK-Präsidenten).

In der Ratsdebatte müssen Sie der Exekutive schon zugestehen, dass sie sich abspricht, wer zu was Stellung nimmt. Für den Bereich Werke ist der Stadtpräsident zuständig. Daher habe ich ihm die Stellungnahme überlassen, weil wir das so vereinbart haben."

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde.

**EINTRETEN ist somit beschlossen.**

### **DETAILBERATUNG**

#### **Leistungsauftrag Pilotabteilungen WoV - Jahresbericht 2002**

**Walter Hotz (FDP), 1. Vizepräsident** verliest die Seitenzahlen.

**Kurt Zubler (SP)** Votum

"Wir haben dieses Jahr in unserer Fraktion ausführlich über die Jahresberichte der WoV-Pilotabteilungen diskutiert. Es ist heute mehrfach gesagt worden, die WoV-Berichte seien gut aufgenommen worden. Man kann das zahlenmässig sicher unterstützen. Ich habe mich dieses Jahr vertieft mit diesen Berichten auseinandergesetzt. Sie mögen sich vielleicht daran erinnern, dass ich eher zu den WoV-Kritikern gehört habe. Inzwischen haben wir den Grundsatzentscheid im Rat gefällt, dass wir WoV einführen wollen. Nun geht es darum, WoV auch im Rat zu einem guten und verständlichen Instrument zu machen. Es ist daher wichtig, sich im Rahmen der Jahresberichtbehandlung damit auseinander zu setzen. Dieses System arbeitet output-orientiert. Dies bedingt Verständnis für die Produkte und deren Entwicklung. Wir haben hierzu viele Parameter. Wir stellen Fragen wie

- welche Leistungen wollen wir?
- in welcher Qualität wollen wir sie?
- in welcher Quantität wollen wir sie?
- zu welchem Preis wollen wir sie?

Um die letzte Frage zu beantworten, interessieren uns die Kosten und Erträge."

Der Votant weist darauf hin, dass wir die Erträge in den Jahresberichten eigentlich nur pro Abteilung ausgewiesen erhalten, was es schwierig mache, zu sehen, wie sich die einzelnen Produkte entwickeln.

Dies wird in einigen Abteilungen teilweise kompensiert durch die Lieferung und Beurteilung von Finanzdaten und Vorschlägen für zu treffende Massnahmen. Kurt Zubler nennt hierfür als positives Beispiel die Stadtgärtnerei (u.a. Verkauf von Blumen). Er deponiert den Wunsch, Erträge pro Produkt und nicht nur pro Abteilung auszuweisen.

Ebenso plädiert er für präzisere Kommentare.

Beispiel Steuerverwaltung Seite 39 Finanzdaten

Bemerkung: "Der Ertrag wurde zu hoch budgetiert."

*Wir möchten gerne wissen, weshalb zu hoch budgetiert wurde.*

Kurt Zubler nimmt Bezug auf die Aussage von Peter Möller, wonach mehr und aussagekräftigere Kommentare in den Berichten zu finden seien. Der Votant teilt diese Meinung z.B. hinsichtlich Stadtgärtnerei und Stadtarchiv, nicht aber bezüglich der Steuerverwaltung. Dort fehlt z.B. bei allen Produktgruppen - S. 39, 41, 43 und 45 - ein Kommentar zu den Leistungsdaten (Beurteilung und Massnahmen). Auch hinsichtlich Finanzdaten vermisst der Votant zum Teil den notwendigen Kommentar.

Weiter verweist K. Zubler auf die Seite 2 des Berichtes, wo als Grundsatz vermerkt ist, dass die Nachtragskredite nicht in den Berechnungen der Abweichungen Rechnung/ Voranschlag einbezogen sind. Er fragt, ist das gewollt, macht das Sinn? (Beispiel Vormundschafts- und Erbschaftsamt: NK für Soft- u. Hardwarebeschaffung Fr. 48'900.--, NK für Weiterbildung Fr. 3'000.--). Wenn man von Globalbudgets ausgeht, stellt sich die Frage, muss eine Abteilung nicht eine gewisse Planung haben, welche solche Teile enthält? Da können solche Nachtragskredite nicht einfach ausgeklammert sein. Es könnte der Fall eintreten, dass eine Abteilung ein positives Resultat bringt, dadurch Rückstellungen generiert werden, gleichzeitig jedoch diverse Nachtragskredite bewilligt wurden. Da besteht Erklärungsbedarf.

Schliesslich äussert sich Kurt Zubler noch zu den Rückstellungen.

Er sieht nicht, wie man mit diesen Rückstellungen im positiven Sinn umgeht. Er verweist auf Seite V der Rechnung (gelbes Buch), wo die Rückstellungen der WoV-Abteilungen aufgeführt sind, z.B. Stadtgärtnerei Fr. 92'200.--, Erbschaftsamt Fr. ---. "Es ist ein ähnliches Lebelement, das beide Abteilungen trifft, nämlich der Tod. Die Stadtgärtnerei kann durch eine Zunahme der Dienstleistungen im Krematorium für auswärtig Verstorbene mehr Umsatz generieren und bessere Resultate erzielen. Dieser Effekt ist nicht steuerbar.

Auf der anderen Seite finden wir beim Erbschaftsamt auf Seite 53 der WoV-Berichte unter *Finanzdaten Ertrag* den Hinweis: "Bei Einzugsprovisionen wurde 48% vom Budget eingenommen, da die angefallenen Nachlassvermögen tiefer waren als ursprünglich angenommen (*nicht beeinflussbar*). Meines Erachtens ist die gerechte Lösung noch nicht gefunden und daher ein grosser Schwachpunkt. Das ist ein Problem, welches man schnell angehen muss, weil - Sie lesen das ebenfalls auf Seite V der Rechnung (gelbes Buch) - *"gemäss Reglement diese Beträge ab dem Jahr 2003 von den AbteilungsleiterInnen direkt aus der Reserve für betriebliche Zwecke entnommen werden dürfen. Sie benötigen dazu keine weiteren Genehmigungen."* Die Abteilungen haben unterschiedlich gute Voraussetzungen, um positive Resultate zu liefern bzw. um Rückstellungen zu bilden. Dieses Problem ist aktuell und muss gelöst werden. Wir können das nicht lange hinaus schieben. Ich hoffe, dass wir hier eine vernünftige Lösung finden."

**Mariann Keller (SP)** Votum zu Seite 11 Altersheim Steig

"Ich habe eine Frage zu den Leistungszielen vom Altersheim Steig. Die aufgeführten Standards wurden von Optiheim im Jahre 2001 erhoben. Was jetzt irritiert, ist die Tatsache, dass im Jahresbericht 2002 dieselben Qualitätssicherungs-Daten wieder aufgeführt werden, ohne jegliche Hinweise auf erfolgte Massnahmen in Bezug auf die erhobenen Daten.

Auf Seite 11 ist z.B. beim Leistungsziel "Zufriedenheit der BewohnerInnen mit dem Pflegekonzept und der Regelung der Sterbebegleitung" eine Abweichung von 10% angegeben. Es handelt sich dabei um eine Zahl, die unbedingt Verbesserungsmaßnahmen zur Folge haben müsste. Ich gehe jetzt einmal davon aus, dass diese in der Realität auch erfolgt sind. Ich bin der Meinung, wenn wir schon WoV einführen und mit Qualitätserhebungen konfrontiert werden, wir auch nachvollziehen können müssen, was damit gemacht wird. Im Jahresbericht müsste zumindest transparent werden, an welchen Themen weiter gearbeitet wurde. Damit meine ich keine ausführliche Berichterstattung, sondern einfache und kurze Hinweise auf mögliche Massnahmen. Das Parlament könnte dann auch wirklich reagieren, wenn keine Fortschritte oder Verbesserungen bei einer erneuten Evaluation ersichtlich werden. Ich vertrete die Meinung, dass sonst die Aufführung der Leistungsziele im Jahresbericht wenig Sinn macht."

### **Stadtrat Urs Hunziker**

"Wir leben mit dem Problem, dass wir die Optiheim-Erhebungen nur alle 2 Jahre machen. Ein entsprechender Hinweis wurde im Bericht angebracht. Der Vollständigkeit halber sind die Zahlen des letzten Jahres drin. Dass an der Qualitätsverbesserung gearbeitet wird, ist für mich selbstverständlich, aber dies lässt sich im Moment nicht messen."

### **Josef Eugster (SVP)**      Votum zu Seite 38    Steuerverwaltung

Der Votant stellt fest, dass verschiedene Steuerpflichtige seit Jahren - seit 1998 - keine definitiven Steuerrechnungen erhalten haben. Das sei für die Betroffenen sehr unangenehm. J. Eugster könnte das Argument des Systemwechsels (Umstellung auf die jährliche Veranlagung) bei jenen Leuten, welche seit Jahren auf eine definitive Rechnung warten, nicht gelten lassen.

**SR Veronika Heller** nennt hierfür verschiedene Gründe. Sie will das nicht nur dem Systemwechsel anlasten. Sie nennt Steuerpflichtige in schwierigen Lebenssituationen, Leute mit diversen Zwischenveranlagungen vor dem Systemwechsel, Todesfälle, Liegenschaftenhandel usw.

Wenn keine a.o. Ereignisse oder Veränderungen der Steuerkriterien eingetreten sind, sollte diese Verzögerung nicht vorkommen.

Die Finanzreferentin verweist im übrigen auf den Geschäftsbericht des SR, Seite 30, wo es im Zusammenhang mit den Steuerveranlagungen heisst:

*Durch die Umstellung auf die einjährige Gegenwartsbesteuerung auf das Steuerjahr 2001 mussten zuerst die Revisionsveranlagungen (ca. 50% aller Steuerpflichtigen) vorgenommen werden. 9'000 Veranlagungen des Steuerjahres 2001 konnten definitiv erstellt werden.*

Die Anzahl Einsprachen haben durch den Systemwechsel zugenommen, etliche mussten zugunsten der Steuerpflichtigen entschieden werden, was z.T. auch zu Rückzahlungen führte und eine Korrektur der zu erwartenden Steuereingänge 2003 notwendig macht.

Die Finanzreferentin bittet J. Eugster, ihr allfällige Namen zu nennen, damit die Fälle konkret angegangen bzw. abgeklärt werden können.

**Josef Eugster (SVP)** erklärt, dass er auch zu den Betroffenen gehöre, dass aber die genannten Prämissen bei ihm nicht zutreffen.

**Erwin Sutter (EDU)** Votum zu Seite 38 Steuerverwaltung

Der Votant erklärt, dass er ebenfalls viele Leute kenne, die wirklich seit Jahren keine definitive Steuerrechnung erhalten haben. "Es wäre für mich wichtig, dass man Leistungsziele definiert, wo man diese Zahl genau erfasst.

(Der GPK-Präsident weist den Votanten darauf hin, dass die Leistungsziele und die dazugehörigen Bemerkungen auf Seite 38 festgehalten sind.)

**SR Veronika Heller** verweist auf die Erläuterungen der Steuerverwaltung im Geschäftsbericht 2002 des Stadtrates auf Seite 30.

Die Finanzreferentin geht mit Erwin Sutter einig, dass bei den Leistungszielen ein Prozentsatz der Steuerpflichtigen festgelegt werden soll, welche am Jahresende definitiv veranlagt sein sollten. Dies wurde früher gemacht und soll nach einer Übergangsphase, wenn das neue System funktioniert, wieder als Leistungsziel aufgenommen werden.

**Kurt Zubler (SP)** Votum zu Seite 40/41 Steuerverwaltung

Der Votant nimmt Bezug auf die Produktegruppe 02 Grundstückgewinnsteuer. Er stellt in den 3 Produkten grosse Abweichungen Voranschlag/Rechnung fest und bemängelt den Kommentar auf Seite 41, wo es heisst: *Die Budgetabweichung der einzelnen Produkte heben sich auf Stufe Produktgruppe wieder auf.* K. Zubler findet, es sei auf eine Unterteilung zu verzichten, wenn das einzelne Produkt zu klein ist, um einen Kommentar zu rechtfertigen. "Es ist eine schwache Leistung, wenn man als Kommentar eine leere Seite zu den doch deutlichen Abweichungen bringt."

**SR Veronika Heller** erklärt, dass

Punkt 01 Veranlagung 1 effektiv eine Abweichung von 23,1% gebracht hat. Dies habe mit den Revisionsgesuchen zu tun.

Punkt 02 Liegenschaftenkataster ist schwierig zu budgetieren, da die Handänderungen und deren zeitliche Abwicklung nicht voraussehbar bzw. steuerbar sind.

Punkt 03 Einsprachen - Hier wurden im Berichtsjahr 108 Einsprachen erledigt; 10 sind noch bei der Stadt, 42 beim Kanton und 6 bei Ober- oder Bundesgericht pendent. Obwohl es bei der Stadt eine relativ kleine Zahl an pendenten Fällen ist, ergibt dies eine grosse prozentuale Abweichung Soll/Ist.

Die Finanzreferentin räumt ein, dass es schwierig ist, gewisse Produkte im Detail zu definieren und zu budgetieren. Aber an diesen Leistungszielen und Daten werde laufend gearbeitet und zwischen W. Bianchi und den Abteilungsleitern diskutiert.

Es wäre die Aufgabe des Steuerungsausschusses, zu sagen, was das Parlament an Informationen aus den einzelnen Abteilungen will. Wenn den WoV-Abteilungen diese Kriterien bekannt sind, werden die gewünschten Daten auch geliefert.

**Kurt Zubler (SP)** erwidert, dass er nicht die Zahlen an sich kritisiert habe. "Aber Dreiviertel des von Dir Gesagten hätte in diesem Bericht stehen können. Dann hätten wir genau die Begründungen gehabt, an denen wir interessiert sind.

Der Votant appelliert an alle, sich zu äussern, wenn es Anregungen zu WoV gibt, damit diese in den Steuerungsausschuss hinein getragen werden. "Dann bringen wir die Sache weiter; das wollen wir ja."

**Erwin Sutter (EDU)**           Votum zu Seite 44   Steuerverwaltung

Der Votant nimmt Bezug auf die Steuerauskünfte bzw. auf die Reklamationen und macht beliebt, dass man nicht nur die schriftlichen Reklamationen, sondern auch die mündlichen einbezieht. Die freundliche Auskunfterteilung scheint ihm ganz wichtig.

**SR Veronika Heller** bittet folgendes zu berücksichtigen, was die Einschätzung relativ schwierig macht. Die Steuerverwaltung ist ab und zu auch "Blitzableiter". Die MitarbeiterInnen erklären den Leuten das System und müssen ihnen klar machen, dass z.B. die Abzüge für Autospesen nicht oder nicht in vollem Umfang geltend gemacht werden können, weil das Steuergesetz dies nicht zulässt.

**Peter Wullschleger (CVP)** hinterfragt den Indikator "Berechtigte Reklamationen", ob dieser Fälle betreffe, wo das Steuergesetz nicht richtig angewendet wurde.

**SR Veronika Heller** erklärt, dass dies die eine mögliche Variante sei. Es ist aber auch möglich, dass man einen Sachverhalt nicht richtig erfasst hat.

**Kurt Zubler (SP)**           Votum zu Seite 50 Vormundschaftsamt

Der Votant nennt als wichtiges Kriterium die Leistungsziele - Indikator, Standard, Ist und Abweichung. Mariann Keller hat auf dieses Bezug genommen beim Altersheim Steig.

Kurt Zubler verweist auf das 1. Leistungsziel des Vormundschaftsamtes, Indikator Beschwerden und Einsprachen. Hier ist als Standard aufgeführt: *Weniger als 5 Fälle pro Jahr*. Nun haben wir 14 Fälle. Das Resultat ist völlig daneben.

Unter der Rubrik Leistungsdaten: Beurteilung und Massnahmen auf Seite 51 heisst es: *Die meisten Beschwerden wurden im Bereich Kinderschutz erhoben, weil die Eltern oder ein Elternteil mit der Errichtung einer vormundschaftlichen Massnahme nicht einverstanden waren*. Das ist eine Beschreibung der Art der Beschwerden.

Ob der Standard falsch ist, ob beim Amt etwas nicht richtig läuft, geht aus diesem Kommentar nicht hervor. Der Votant würde hier eine Begründung für die Abweichung gegenüber dem Standard erwarten. Es könnten technische Gründe (Standardgrösse), aber auch inhaltliche Gründe (Verhalten des Personals) die Ursache sein, was zu steuern wäre. "Wenn wir WoV ernst nehmen, müssen wir jetzt reagieren und sagen, so geht das nicht."

**Raphaël Rohner (FDP)**           Votum

"Zwei Anmerkungen:

Erstens nehme ich mit Freude zur Kenntnis, dass sich die linke Ratsseite, die sich zuerst sehr kritisch gegenüber WoV geäussert hat, nun konstruktive Vorschläge einbringt. Dafür möchte ich danken. Ich kann mich weitgehend all diesen Vorschlägen anschliessen. Ich hoffe sehr, dass seitens der Finanzverwaltung und des Finanzreferates diese Vorschläge aufgenommen werden. Es geht wirklich darum, dass noch zusätzlich Transparenz geschaffen wird, damit wir uns noch ein besseres Bild machen, und dann auch politisch Wertungen vornehmen können und sollen.

Das zweite, zu diesem speziellen Bereich der vormundschaftlichen Massnahmen: Gerade weil es da an den nötigen Rahmeninformationen fehlt, kann man Fehlschlüsse daraus ziehen. Vormundschaftliche Massnahmen sind klassische hoheitsrechtliche Eingriffe in die private Sphäre eines Menschen.

Die Akzeptanz - sei es bei strafrechtlichen oder bei zivilrechtlichen Zwangsmassnahmen - ist erfahrungsgemäss bei den Betroffenen äusserst gering, weil, wenn die Einsicht vorhanden gewesen wäre, hätte man auch die Massnahme gar nicht einleiten und anordnen müssen. Deswegen muss man gerade im Bereich des Kindesschutzes sich auch die Frage stellen, ob dieser Indikator der richtige ist, oder ob man den nicht anders formulieren müsste; nicht die Zufriedenheit. Ich bin nicht zufrieden, wenn man mir das Kind wegnimmt, weil ich mich nicht entsprechend dem Kindeswohl verhalten habe. Man müsste das hier anders formulieren, damit wir die richtigen Wertungen vornehmen und den SR allenfalls beauftragen können - wenn es dann Abweichungen gibt - entsprechende Änderungen im Leistungsauftrag vorzunehmen. Ich bitte Sie, diese Aussage hier sehr zu relativieren."

**Esther Bänziger (SP)** Votum

"Wir waren immer kritisch, aber stets konstruktiv. Aber gerade dieser Hinweis beim Vormundschaftsamt wirft wieder die Frage auf, welche Abteilungen WoV-tauglich sind. Kurt Zubler hat bereits darauf hingewiesen. Das Erbschaftsamt bekommt keinen Anteil an der Ergebnisverbesserung in Form von Rückstellungen. Das Amt gibt sich Mühe und arbeitet garantiert so gut wie die Stadtgärtnerei. Daher stellten wir diese kritischen Fragen."

**Iren Eichenberger (OeBS)** Votum

"Mir fehlt in der ganzen WoV-Entwicklung im Moment immer noch etwas. Es wurde die Parlamentsreform vorgesehen, wo dann diese Fachkommissionen gebildet werden sollen. Diese Fragen, die wir jetzt im Detail diskutieren, sind z.T. qualitative Fragen. Die würden dort aufgenommen, weil wir hier im Parlament nicht bei jeder Rechnungsdebatte eine Stunde lang über jede Abteilung diskutieren können, obschon es interessant wäre. Da möchte ich noch eine Antwort von der Finanzreferentin. Ist es eine Illusion, wenn ich denke, solche Fragen könnten dort aufgegriffen und entsprechende Massnahmen auch von den Kommissionsmitgliedern beeinflusst werden?"

**SR Thomas Feurer**

"Was Esther Bänziger gesagt hat, dass auch wir hin und wieder etwas eifersüchtig auf die Stadtgärtnerei hinüber schielen, trifft zu. Dort haben wir einen klassischen Produktionsbetrieb, der sich über die Leistung der Produkte, der Kostendeckungsgrade usw. profilieren kann. Beim Vormundschafts- und Erbschaftsamt - Raphaël Rohner hat es aus langjähriger Erfahrung im Amt für Justiz gesagt - ist es a.o. schwierig, solche Kriterien festzulegen. Trotzdem muss ich Ihnen sagen, dass diese Diskussionen, die jetzt Iren Eichenberger angesprochen hat, geführt wurden. Es ist heute ja nicht das erste Mal, dass wir diese Zahlen auf dem Tisch haben. Die GPK hat schon Fragen gestellt, mit dem Controller wurden lange Gespräche geführt. Es wurden auch Gespräche geführt, wie die Produktedefinition angepasst werden könnte. Gerade in den Bereichen, wo wir gesetzliche Aufgaben zu erfüllen haben, wo das Budget das eine ist, und das was nachher passiert, das andere, sind die Kostendeckungsgrade in Bezug auf die Einnahmen ganz schwierig zu budgetierende Grössen. Trotzdem haben mir meine MitarbeiterInnen einmal mehr bestätigt, dass diese Diskussionen für sie sehr wertvoll sind, dass sie mehr verstehen über die Einordnung ihrer Arbeit, dass z.B. die Kostendeckungsgrade heute bekannt sind. Da frage ich mich tatsächlich - das ist allerdings auf einer anderen Ebene zu lösen - ob es sinnvoll ist, dass wir nach dem Wegfall der Erbschaftssteuer weiterhin mit Unterdeckung in diesem Bereich eine Dienstleistung erbringen.



Da müsste man aufgrund der nun vorhandenen Fakten auf der gesetzgeberischen Ebene - sprich auf Stufe Kantonsrat - aktiv werden. Da werden schon Daten geliefert, welche uns Handlungsbedarf anzeigen. Dass wir noch nicht an dem Punkt angelangt sind, wo wir sagen können, wir haben das Optimum an Produktdefinition erreicht, gebe ich gerne zu. Es ist auch so, dass wir viele Querschnittsfunktionen bei uns haben z.B. über die Juristin, die mit einem relativ grossen Lohnanteil in diesem Bereich figuriert, aber auch noch für die Sozialhilfe tätig ist. Dies führt zu Abgrenzungsproblemen, welche bei grösseren Einheiten weniger ins Gewicht fallen. Wir sind am Lernen, Sie sind am Lernen. Die Diskussionen, die wir hier führen, sind aufschlussreicher, als wenn wir einfach nur Erbsen zählen."

**SR Veronika Heller**

"GrSR Iren Eichenberger hat mich direkt angesprochen. Ich habe vorher schon gesagt, ich bin überzeugt, dass es bei dieser Weiterentwicklung und bei diesem Lernprozess nötig ist, dass sich der Steuerausschuss des Parlamentes über diese Fragen Gedanken macht, dann zu Schlüssen kommt und sagt, wir möchten das so oder so. Es kann aber auch Ihnen passieren, dass Sie zwei Jahre später finden, das sei nicht genau das, was wir wollen. Wir wollen das ändern, um zu dem zu kommen, was wir erwarten und brauchen, um weitere Entscheidungen zu treffen. Aber das muss sich effektiv einspielen, denn wir waren 2002 immer noch im Pilotbetrieb. Dieser Prozess muss sich weiterentwickeln. Ich bin überzeugt, dass wir da Schritt für Schritt vorwärts kommen."

**Kurt Zubler (SP)** stellt fest, dass Werner Bianchi, Controller, explizit wegen WoV heute Abend anwesend ist und fragt, ob sich dieser nicht zu gewissen Fragen, die heute in der Diskussion aufgeworfen wurden, äussern möchte.

**SR Veronika Heller** antwortet, dass ihr W. Bianchi angezeigt habe, dass er keine Ergänzungen oder Erläuterungen anzubringen habe.

**Damit ist der Leistungsauftrag Pilotabteilungen Jahresbericht 2002 Stadt SH durchberaten.**

Es folgt die Beratung der Rechnung gemäss gelbem Buch.

**IV. Laufende Rechnung** ab Seite 15

Seite 84 Pos. 3010 318.55 Museum Öffentlichkeitsarbeit Fr. 22'000.--

**Theresia Derksen (CVP)** verweist auf den Kommentar auf Seite 85, wo es heisst: *Geplanter Orientierungs-Flyer zum gesamten Haus konnte aus zeitlichen Gründen nicht realisiert werden und ist für 2003 vorgesehen.*

Die Votantin stellt fest, dass bei den Rückstellungen auf Seite XI ein Betrag von 22'000 Franken figuriert, wovon 2002 Fr. 7'727.25 beansprucht wurden, so dass ein Restkredit von Fr. 14'272.75 verbleibt. Sie wünscht hierzu eine Erklärung.

**SR Th. Feurer** weist darauf hin, dass diese Position die ganze Öffentlichkeitsarbeit des Museums beinhaltet. Die Kosten für den Flyer sind budgetiert mit Fr. 14'200.--. Dieser Betrag ist identisch mit der ausgewiesenen Rückstellung.

Seite 100 Pos. 3480 364.00 KSS Aufwand Fr. 953'149.60

**Josef Eugster (SVP)** stellt fest, dass das Defizit im Prinzip Fr. 832'000.-- beträgt. Hinzu kommen gemäss Hinweis auf Seite V Fr. 121'149.60 für den Ammoniakunfall. In den ausgewiesenen 953'000 Franken ist auch ein erhöhter Beitrag infolge des schlechten Jahresergebnisses der KSS von Fr. 32'000.-- enthalten - siehe Vermerk auf Seite V KSS Zusatzbeitrag.

Zu diesem Betrag kommt noch der Aufwand gemäss Investitionsrechnung auf Seite 224 von ca. Fr. 269'000.-- sowie der Beitrag des Schulreferates von Fr. 80'000.-- für die Schülereintritte.

Der Votant zeigt sich etwas erstaunt über diese Beträge und die Rechnungsführung der KSS. J. Eugster wünscht mit Blick auf das Budget 2004 eine Auflistung des Investitions- und Sanierungsbedarfs der KSS für die nächsten 10 Jahre, welcher mehrere Mio Franken betragen wird.

**SR Kurt Schönberger** erklärt, dass man feststellen muss, dass die Anlagen der KSS - Freibad, Hallenbad, Eisbahn, Curlinghalle und Eishalle - gegen aussen jugendlich aussehen. "Wenn man die Anlage jedoch genauer betrachtet, so sieht man, dass es sich um eine alte, fast zahnlose Tante handelt. Ich sage das deshalb, weil wir wissen, dass gewisse Teile der Anlage sanierungsbedürftig sind. Das hat man beim Ammoniakunfall gesehen, wo man sofort handeln musste (gebundene Ausgaben). Wenn man in die Zukunft schaut, gibt es Investitionsbedarf. Ich denke an das Dach der Eishalle, an die Dächer der Winter- und Sommergarderoben usw. Es ist wichtig und richtig, dass sich der Ausschuss und die VK der KSS damit befassen. Wir haben dem Direktor den Auftrag gegeben, ein Investitionsprogramm auszuarbeiten und uns vorzulegen, damit man sich darnach richten kann und weiss, wann was anfällt." Der SR erwartet, dass im Defizitbeitrag gemäss Budget 03 von Fr. 838'000.-- (ohne allf. Betriebskostenanteil für die Traglufthalle) ein Teil dieser Investitionen Platz findet. Die entsprechenden Weisungen seien erteilt.

**Esther Bänziger (SP)** äussert sich als Mitglied der VK KSS. Sie gibt J. Eugster zu bedenken, dass dessen Ratskollege Edgar Zehnder ebenfalls dort Einsitz hat und ihn informieren kann. Die Votantin wiederholt ihre Feststellung, dass die Stadt SH eine solche Anlage braucht (Stichwort Standortvorteil).

"Die Aufwändungen sind immer sauber ausgewiesen. Die VK hat im Mai die Rechnung 02 abgenommen. Am 2. Juli folgt die Sitzung bezüglich Budget 04. Edgar Zehnder wird auch anwesend sein. Du kannst ihm Aufträge mitgeben."

**Edgar Mittler (FDP)** Votum

"Ich weiss, Sepp Eugster, die KSS ist ein Lieblingskind von Dir. Trotzdem muss ich Dir sagen, dass man sich an diese Grössenordnung gewöhnen muss. Wir würden uns etwas vormachen, wenn wir meinen, das Defizit würde in Zukunft kleiner werden. Die KSS verfügt über einen knappen Personalbestand; da muss etwas geschehen. Dazu kommt, dass die Leute zum Teil sehr mager bezahlt sind. Wenn das ein städtischer Betrieb wäre und nicht eine Genossenschaft, dann kämen wir auf die Welt. Wir müsste einiges mehr aufwänden, wenn die städtischen Ansätze zur Anwendung gelangen müssten."

**Josef Eugster (SVP)** weist darauf hin, dass es nicht darum geht, ob wir die KSS brauchen oder nicht brauchen. Es ist ihm wichtig, dass man für die

nächsten 10 Jahre einen Investitionsplan erstellt. "Diese 800'000 Franken bzw. 1,2 Mio Franken einschliesslich Invesitionsrechnung reichen überhaupt nirgendwo hin. Ich spreche jetzt von ca. 10 Mio Franken, welche die KSS für Sanierungen in den nächsten 10 Jahren benötigen wird."

Seite 130 und folgende Pos. 5700 und folgende Altersheime

**Urs Tanner (SP)** nimmt Bezug auf die Heimtaxen - siehe auch Bemerkung auf Seite XXIV: *An Heimtaxen sind Fr. 406'000.-- mehr eingegangen.*

"Ich möchte darauf hinweisen, dass die Taxen der städtischen Altersheime, und ich spreche nur von den Beherbergungs- und nicht von den Pflegekosten, ein Niveau erreicht haben, das keine weiteren Erhöhungen mehr zulässt. Ich bin froh, dass auch der Stadtrat, der nun mehrere Jahre immer wieder Kosten auf die AltersheimbewohnerInnen überwältzte, eingesehen hat, dass das Ende der Fahnenstange erreicht ist. Ich zitiere den Stadtrat in seiner Antwort vom 13.05.2003 auf die Kleine Anfrage von Peter Neukomm vom 21.01.2003: "Der Stadtrat ist überzeugt, dass die derzeitigen Taxen in den Altersheimen die Obergrenze des Verkräftbaren erreicht haben und ein Taxaufschlag mit den gegenwärtigen Finanzierungsgrundlagen nicht mehr vorgenommen werden kann. Peter Neukomm hat zahlreiche Reaktionen auf seine Kleine Anfrage erhalten. Jemand hat mir zu Anschauungszwecken sogar die Rechnungen der letzten Jahre für seine Mutter, die in einem städtischen Altersheim lebt, zugestellt. Daraus geht ein Anstieg des Tagessatzes in den letzten drei Jahren von Fr. 139.00 auf Fr. 208.65 hervor; dies ohne wesentliche Zunahme der Pflegebedürftigkeit. Das sind fast 50%. Und jetzt kommt der Regierungsrat und will mit seinem Entlastungsprogramm für den kantonalen Haushalt - notabene um die Reichsten steuerlich begünstigen zu können - die kantonalen Bau- und Betriebsbeiträge für die Altersheime aufheben und diese Kosten auf die Gemeinden abwälzen, mit der Begründung, diese könnten das ja dann den Altersheimbewohnerinnen und -bewohnern weiter verrechnen. Da müssen wir als VertreterInnen der Stadt jetzt ein Zeichen setzen und dem Stadtrat bei seinem Kampf gegen dieses unhaltbare Schwarzpeterspiel den Rücken stärken. Die städtischen Altersheimbewohnerinnen und -bewohner sind nicht dazu da, um Steuergeschenke zu finanzieren."

**SR Urs Hunziker**

"Ich bin Urs Tanner dankbar für dieses flammende Votum zugunsten unserer BewohnerInnen der Altersheime. Wir beissen im Moment beim Kanton noch auf Granit, wenn es darum geht, dass dieser auf die Reduktion der Betriebsbeiträge im Rahmen der Sparmassnahmen verzichten soll. Für uns ist klar - wir haben das auch so formuliert -, die Taxen haben ein Niveau erreicht, welches keine weiteren Erhöhungen mehr erlaubt. Wir haben in unseren Heimen nachgefragt. Derzeit sind als Beispiel im Altersheim am Kirchhofplatz rund 50% der BewohnerInnen BezügerInnen von Ergänzungsleistungen."

Seite 202 Pos. 9410 424.10 Übertrag der SASAG-Aktien in die Separatrechnung der Städtischen Werke

**Kurt Zubler (SP)** nimmt Bezug auf den Antrag der GPK.

"Ich möchte hier den Gegenantrag stellen, auf den Übertrag der SASAG-Aktien in die Separatrechnung der Städtischen Werke zu verzichten."

Der Votant erinnert an die Debatte vom Dezember 01 zum Voranschlag 02, wo man über diese Sache gestritten hat.

Die SP war damals in der Abstimmung unterlegen, der Beschluss des GrSR wurde jedoch 2002 nicht ausgeführt. "Ich bin allerdings bezüglich der Analyse verschiedener Vorredner letztlich nicht ganz deren Meinung. Ich möchte den Werkreferenten etwas in Schutz nehmen. Es ist tatsächlich so, dass aus Sicht der Werke die Übertragung im Hinblick auf die Verselbständigung damals - auch wenn ich nicht einverstanden war - Sinn machte. Heute macht diese Übertragung aus Sicht der Werke überhaupt keinen Sinn. Wenn die Werke irgendwo 2,6 Mio Franken in Rückstellungen haben und diese nun in Aktien parkieren müssen, ist das nicht unbedingt im betriebswirtschaftlichen Sinn der Städtischen Werke. Vielleicht könnten sie mit diesem Geld etwas anderes machen, z.B. Investition in Anlagen. Es ist daher aus Sicht der Werke ein falscher Entscheid, m.E. ist es auch aus der Sicht der Stadt ein falscher Entscheid, weil es nichts anderes als ein Taschenspielertrick ist. Zudem zahlt er sich auch nicht aus. Wenn wir diese Aktien bei der Stadt behalten, so resultiert eine jährliche Dividende von Fr. 120'000.-- als nachhaltiger (jährlich wiederkehrender) Ertrag in der Stadtkasse. Wenn wir diese Übertragung für eine einmalige Rechnungsverbesserung der Laufenden Rechnung der Stadt vornehmen, dann fliesst dieser Ertrag künftig den Werken zu. Diese Dividende bringt eine Verzinsung von ca. 4,6 %. Die Schuldzinsen liegen zwischen 2,5 und 3,9%.

Ein weiterer Aspekt: Wenn die Städtischen Werke irgendwo über freie Mittel von 2,6 Mio Franken verfügen, die sie in den Aktienkauf investieren können, könnte man sich fragen, ob die Werke nicht die Verschuldung bei der Stadt reduzieren wollen. Die Stadt gewährt den Werken ein Darlehen von 10 Mio Franken. Das fände ich sinnvoller als diese Rochade der Aktien vorzunehmen. Ich ersuche Sie, diese Aktien bei der Stadt zu behalten und diesen Deal nicht zu machen. Für die SASAG spielt es überhaupt keine Rolle, wo die Aktien parkiert sind. Die Verwaltungsräte, die wir stellen, sind Stadtpräsident M. Wenger und Werkdirektor H. Bolli."

**Edgar Mittler (FDP)** Votum

"Bei aller Wertschätzung für Deine Ausführungen betreffend WoV muss ich doch sagen, Deine Ausführungen jetzt befremden mich schon etwas. Das Demokratieverständnis scheint mir da nicht sehr weit her zu sein. Wir haben das entschieden. Wir haben diese Aspekte ausführlich diskutiert. Natürlich geht die Dividende an die Werke. Aber dadurch wird natürlich auch der Beitrag bzw. die Ablieferung der Werke an die Stadt erhöht.

Wir sollten bei unseren Grundsätzen bleiben und jetzt nicht wieder bei Adam und Eva anfangen."

**Kurt Zubler (SP)** nimmt Bezug auf die Bemerkung von E. Mittler bezüglich des Demokratieverständnisses.

"Wir haben hier einen neuen Antrag. Wenn das Demokratieverständnis verletzt wurde, dann wurde es doch eher vom Stadtrat verletzt und nicht dadurch, dass wir das jetzt erneut aufgreifen. Wir haben eine neue Ausgangslage."

Problematisch findet der Votant aus der Sicht der VK der Städt. Werke die Verknüpfung der Übertragung quasi mit der Verpflichtung, dass die Werke die Dividende der Stadt als zusätzlichen Betrag abliefern müssen.

**Alfred Zollinger (SVP)** GPK-Präsident

"Wir haben dies in der GPK auch diskutiert. Die Ausgangslage ist klar. Im Dezember 01 wurde mit 28 : 17 Stimmen einer Übertragung der Aktien zugestimmt. Der Stadtrat hat dies nicht gemacht. Wir haben diskutiert, die Rechnung 02 abzuändern, d.h. diesen Übertrag nachzuvollziehen. Angesichts des damit verbundenden administrativen Aufwandes - da man ja nicht einen Vorschlag von schliesslich 2,3 Mio Franken ausweisen, sondern den Betrag für Abschreibungen oder Einlagen in Spezialfinanzierungen verwenden wollte - hat sich die GPK damit einverstanden erklärt, dass dieser Beschluss 2003 nachvollzogen wird."

Der GPK-Präsident plädiert dafür, beim Wort bzw. beim Entschluss zu bleiben, welcher im Dezember 01 gefasst wurde.

"Kurt Zubler, Sie sind in der Arbeitsgruppe *Strategie, Finanzen und Strukturen*. Dort fliesst das auch hinein. Dort wird schliesslich auch entschieden hinsichtlich Ablieferungen, Zukunft der Werke usw. Folglich können wir den Entscheid vom Dezember 01 in diesem Jahr umsetzen."

**Peter Wullschleger (CVP)** Votum

"Ich habe jetzt ein wenig Mühe, wenn man formaljuristisch argumentiert. Es gibt durchaus auch andere Überlegungen. Ich könnte Kurt Zubler folgen, wenn er z.B. sagen würde, wir lassen die SASAG-Aktien im Finanzvermögen der Stadt, nehmen aus der Bilanz z.B. der Werke das Erdgasnetz auch heraus und übertragen es zurück an die Stadt. Es macht durchaus Sinn, dass die Werke diese technischen Anlagen - wenn man so will - auch finanziell besitzen. Das Erdgasnetz, das Beleuchtungsnetz z.B. sind als Sachanlagen in der Bilanz der Werke ausgewiesen. So macht das für mich auch Sinn, dass das Kabelnetz, welches durch diese Aktien verkörpert wird, in den Besitz der Werke gelangt."

**Roland Schöttle (FDP)** Votum

"Das Volk hat am 18. Mai 03 entschieden, dass zu Lasten der Werksrechnung Aktien der SASAG erworben werden sollen. Dies war ein übergeordneter demokratischer Entscheid. In diesem Sinne müsste man den vom GrSR im Dezember 01 gefassten Entscheid jetzt nachvollziehen. Darum kann ich dem Antrag Zubler nicht folgen."

**Stadtpräsident M. Wenger**

"Wenn wir gewusst hätten, dass wir mit der Hinausschiebung des Entscheides, die SASAG-Aktien an die Werke zu übertragen, an den Grundfesten der Demokratie rütteln würden, hätten wir uns das vielleicht schon noch einmal überlegt, als wir in der Finanzverwaltung darüber kommuniziert haben. Ich schaue jetzt den Zentralverwalter an. Ich würde Ihnen aus der Überlegung von Roland Schöttle heraus sagen, dass es sicher klug ist, jetzt nicht wieder den Kurs umzukehren. Natürlich stimmt einiges von dem, was Kurt Zubler gesagt hat. Die Verselbständigung war mitunter auch ein Argument. Es gab ja vielschichtige Argumente, weswegen wir das machen wollten. Es gab finanzpolitische Überlegungen, welche letztlich überwogen haben, weil wir zum Schluss gekommen sind, dass es nicht nötig sei, diese Devestition 2002 durchzuführen. Es gab auch werkpolitische Überlegungen und es gab die Überlegung, dass die SASAG, weil sie effektiv leitungsgebunden ist, bei den Werken am besten aufgehoben ist."

Ich bin nach wie vor ein Befürworter dieses Übertrags, nur schon darum, weil ich jetzt Prügel dafür bezogen habe, dass wir ihn nicht vollzogen haben. Ich möchte nun nicht noch einmal Prügel von einer anderen Seite bekommen. Ich bitte Sie jetzt, den Stadtrat nicht in der Grube zu lassen, in die sie ihn hineingestossen haben."

**Stadträtin V. Heller**

"Ich kann den Antrag der GPK nur unterstützen. Ich bin erstens sehr dankbar, dass die GPK ein Einsehen gehabt hat, dass wir das nicht über die Rechnung 02 abwickeln können, sondern dass wir das im laufenden Jahr vollziehen. Zum zweiten macht es wirklich Sinn - wie Peter Wullschleger gesagt hat - dass alle Aktien in derselben Hand sind, auch wenn es eine Verwaltungsabteilung der Stadt ist. Ich bitte Sie daher, dem Antrag der GPK zu folgen."

**Esther Bänziger (SP) Votum**

"Ich weiss gar nicht, wie die Volksabstimmung verlaufen wäre, wenn wir gewusst hätten, was wir jetzt wissen. Wir haben in unserer Fraktion und Partei heftig darüber diskutiert, wie wir uns am 18. Mai verhalten würden. Wenn mir bekannt gewesen wäre, dass dieses erste Aktienpaket noch gar nicht bei den Werken ist, weiss ich nicht, ob ich dem Kauf zugestimmt hätte."

**Peter Käppler (SP)** bestätigt, dass der Erwerb der SASAG-Aktien durch die Werke in der Fraktion ein Thema gewesen war. Man ging davon aus, dass diese Aktien-Übertragung von der Stadt zu den Werken vollzogen ist und hat als logische Konsequenz auch zur Vorlage vom 18. Mai 03 Ja gesagt.

"Der zweite Punkt: Wie ernst nimmt der SR die Entscheide des Parlamentes? Es hat uns gestört, als wir erfahren haben, dass dieser Entscheid nicht umgesetzt wurde. Wir möchten daher dem SR ins Stammbuch schreiben, Entscheide des GrSR künftig zu befolgen."

**Alfred Zollinger (SVP)**, GPK Präsident, nimmt Bezug auf das Votum von Esther Bänziger (*Wenn ich das gewusst hätte ...*). Er erinnert daran, dass die GPK am 30. April 03 beim Eintreten durch SR V. Heller auf Nachfrage von dieser Nichttransaktion erfahren hat. Die Volksabstimmung war am 18. Mai 03. Die Mitglieder des GrSR sind anfangs Mai in den Besitz des gelben Buches gelangt und hätten diese Nichttransaktion auf Seite 202 auch ausmachen und eventuell aktiv werden können.

**Roland Schöttle (FDP) Votum**

"Die Bemerkung von Esther Bänziger unterstellt dem Stadtrat die Absicht der Täuschung. Das ist sicher nicht so. Der Stadtrat hat ja - gestützt auf den Beschluss des GrSR - diese Vorlage so gestaltet, und hat aus einem anderen Denken heraus, im Einvernehmen mit der Zentralverwaltung die Transaktion noch nicht vollzogen. Diese Unterstellung ist zurückzuweisen. Der Stimmbürger ist damit sicher nicht - das wäre so zu verstehen - getäuscht worden. Das wäre eine falsche Interpretation."

**Stadtpräsident M. Wenger**

"Die Täuschungsabsicht war nicht da. Wir haben in der Vorlage ganz klar gemacht, dass wir den Aktienkauf über die Werke finanzieren.

Aber überlegen Sie einmal, die Werke sind zwar technisch verselbständigt, sie haben eine technisch verselbständigte Buchhaltung. Letztlich sind es aber doch Mittel der Stadt, die wir dafür einsetzen. Wir streiten uns hier ein wenig um den Kaisers oder des Zentralverwalters Bart. Ich bitte Sie, das Kriegsbeil zu begraben. Sie haben jetzt den Entscheid zu fällen, wollen wir am Entscheid vom Dezember 01 festhalten oder nicht? Wir unterziehen uns Ihrem Entscheid. Ich bitte Sie jedoch zu überlegen, was im Jahre 2003 auf diese arme geschundene Stadt zukommt, wenn Sie Nein sagen."

**Alfons Cadario (EVP)** Votum

"Ich bitte Sie, auf den Antrag Zubler nicht einzutreten. Es ist der VK absolut klar, sollte der Reingewinn des EWS steigen, so wird auch die Ablieferung steigen. Dann kommt diese Transaktion der Stadt wieder zugute."

**Peter Wullschleger (CVP)** fragt Kurt Zubler, ob er an seinem Antrag festhält. Er möchte vom Antragsteller auch noch die Beantwortung der Frage, ob er als Konsequenz seines Antrages, die SASAG-Aktien bei der Stadt zu belassen, auch damit einverstanden wäre, z.B. das Erdgasnetz wieder in die Sachanlagen der Stadt zurück zu führen.

**Ratspräsident Ernst Spengler (SVP)**

"Hält der Antragsteller an seinem aussichtslosen Antrag fest?"

**Kurt Zubler (SP)** bekräftigt, dass er an seinem Antrag festhalten will. Es mache einen Unterschied, ob man Sachanlagen wie Gebäude und Leitungen besitzt oder ob man finanzielle Beteiligungen hält.

### ABSTIMMUNG

**Dem Antrag Zubler steht der Antrag der GPK, Ziffer 2 gegenüber:**

*Der Grosse Stadtrat beauftragt den Stadtrat, in der 2. Jahreshälfte 2003 aus dem Portefeuille der Stadt die SASAG-Aktien in Höhe von Fr. 2,625 Mio an die Städt. Werke zu übertragen.*

**Der GrSR lehnt den Antrag Zubler mit 3 : 29 Stimmen ab.**

### V. Investitionsrechnung ab Seite 209

Seite 216 160 503.01 Zivilschutzanlage Gega Fr. 339'916.70

**Stephan Schlatter (SVP)** stellt eine Kostenüberschreitung von Fr. 62'000.-- fest. Davon wurden Fr. 38'000.-- als Nachtragskredit bewilligt. Es bleiben immer noch Fr. 24'000.-- übrig. Der Votant wünscht eine Begründung für diese Überschreitung. Bereits in der SPK seien Zweifel geäussert worden, dass der Kredit von Fr. 278'000.-- reichen werde. Man habe dort auch nachgefragt, ob bezüglich Brandschutzmassnahmen alles berücksichtigt worden sei.

**Stadtpräsident M. Wenger** bestätigt die Richtigkeit der Ausführungen von Stephan Schlatter. "Die Verantwortlichen hatten sich nicht Rechenschaft gegeben, dass sich die Richtlinien der Feuerpolizei gegenüber der Planung noch verschärfen würden.

So musste ein Vollbrandschutz gemäss den Richtlinien für Hotels, Heime und Anstalten eingebaut werden. Weiter gab es Mehrkosten des Architekten für zusätzliche Abklärungen und Planungen im Bereich Vollbrandschutz.

Wir haben das unterschätzt, ich habe das sehr bedauert. Es ist ein Fehler in der Planung gewesen, den man jetzt korrigieren musste."

**Roland Schöttle (FDP)** möchte wissen, ob die Brandschutzvorschriften in der Planungsphase geändert wurden, oder ob die bestehenden Vorschriften durch die Verantwortlichen zu wenig evaluiert worden seien.

**Stadtpräsident M. Wenger** antwortet, dass nicht die Brandschutzvorschriften geändert haben, sondern es ein Fehler mangelnder Evaluation gewesen sei. M. Wenger weist auf die positive Entwicklung in der Belegung dieser Anlage hin, was erhöhte Einnahmen aus der Vermietung generiere (August - Dezember 02 = Fr. 8'800.--).

**Josef Eugster (SVP)** hakt nach. Er war damals Mitglied der SPK und gegen diesen Kredit. Er habe sich explizit bezüglich der Brandschutzmassnahmen erkundigt; es sei ihm damals versichert worden, dass im beantragten Kredit alles inbegriffen sei.

**Herbert Distel (CVP)** unterstreicht die Richtigkeit der Aussage von Sepp Eugster. Der Architekt habe damals bestätigt, es seien alle Brandschutzvorschriften eingehalten. Die haben in der Zwischenzeit nicht geändert. Die kantonale Feuerpolizei sagte damals, die Anlage Gega sei mit einem Hotelbetrieb vergleichbar und beharrte deshalb auf einem Vollschutz mit einer Brandmeldeanlage. Das kostet sehr viel Geld. Das haben die Verantwortlichen falsch evaluiert.

Der Votant weist darauf hin, dass sich die Anlage im Brandfall Birch sehr gut bewährt hat, als man 40 Personen unverzüglich dort für 2 Nächte unterbringen konnte. Die Anlage werde im übrigen sehr rege benutzt auch durch Vereine, wie dies Stadtpräsident M. Wenger eben ausgeführt habe.

**VI. Verpflichtungskreditkontrolle** - Keine Bemerkungen

**VII. Spezialfinanzierungen** - Keine Bemerkungen

**VIII. Stiftungen und Legate** - Keine Bemerkungen

**IX. Spezialverwaltungen** - Keine Bemerkungen

**X. Stiftung Impuls** - Keine Bemerkungen

**XI. Sonderschulen** - Keine Bemerkungen

**XII. Betriebe**

Seite 337 EW Stadt Schaffhausen

**Christian Hablützel (SP)** Votum

"Bei einer Lohnsumme von rund 7,4 Mio Franken wird ein EDV-Aufwand von rund 1 Mio Franken ausgewiesen.



Beim Gaswerk beträgt der Informatikaufwand ca. 150'000 Franken, beim Wasserwerk etwa 220'000 Franken.

Dieser Aufwand scheint mir in der Grössenordnung fragwürdig. Ich frage deshalb den Werkreferenten, ob man bei den Städt. Werken die EDV im Griff hat. Ich habe ein wenig Sorge."

**Stadtpräsident Marcel Wenger**

"Es ist effektiv so, dass wir vor einigen Jahren die EDV umbauen mussten. Daran sind wir eigentlich immer noch, so dass wir möglichst viel Kundeninformationen hinein bauen können. Wir versuchen, dies individuell zu steuern beim EW, Gas und Wasser. Ich denke, dass wir die EDV zwar im Griff haben, aber dass sie verhältnismässig viel kostet. Es ist keine neue Erkenntnis. Wir verfolgen dies auch in der Swiss power. Alle Städtischen Werke, die mit dem Verteilmarkt und mit dem Kunden in direktem Kontakt sind, haben durch den Ausbau der Dienstleistungsmöglichkeiten, externe Abfragen, direkten Datenzugriff etc. stark in die EDV investieren müssen. Wir hoffen, dass wir dies mit einer gemeinsamen Entwicklung von Tools in Zukunft besser in den Griff bekommen. Es ist eine unerfreuliche Kostenentwicklung, welche uns auch in der allg. Verwaltung (Stichwort SAP) einholen wird - je nach dem, wie wir die Benutzeroberfläche definieren werden."

**Edgar Mittler (FDP) Votum**

"Wenn ich mich recht erinnere, ist dies schon ein Sonderaufwand. Die Werke mussten ja kurzfristig ihr EDV-System wechseln, weil LARIX in Konkurs ging. Wir mussten in einer Nacht- und Nebelaktion in der VK einen Kredit für SAP bewilligen. Das ist ein Sonderaufwand, der sich hoffentlich in den nächsten Jahren nicht wiederholen wird."

**Christian Meister (SVP) Votum zu den Betrieben allgemein:**

"Gestatten Sie mir zum Schluss, noch eine kritische Bemerkung zu den Jahresrechnungen der Betriebe anzubringen.

Dabei möchte ich insbesondere die Damen und Herren des Grossen Stadtrates, die in den ständigen Verwaltungskommissionen der Gas- und Wasserwerke, des Elektrizitätswerkes und bei den Verkehrsbetrieben sitzen, und die jeweiligen Zahlen wohl noch etwas ausführlicher sehen, bitten, im nächsten Jahr etwas vermehrt die Augen auf eine Entwicklung zu werfen, die nicht nur mir gar nicht gefällt.

Es fällt mir nämlich auf, wie grosszügig sowohl die Städtischen Werke wie interessanterweise auch die Verkehrsbetriebe im Marketingbereich mit den ihnen zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln umgehen.

Einige wenige Beispiele:

Ich frage Sie, macht das Sinn, wenn die Verkehrsbetriebe, die ein Minus von 9 Millionen Franken ausweisen, beim Radio Munot die Wettervorhersagen sponsoren im Sinne von: „Das Wetter ist Ihnen präsentiert worden von den Verkehrsbetrieben Schaffhausen“?

Macht es Sinn, dass die Städtischen Werke mit ihren Publireportagen im Schaffhauser Fernsehen wohl die grössten Einzelkunden sind, auch die Verkehrsbetriebe in diesem Medium dort sehr gut vertreten sind und ebenfalls wohl zu den besten Kunden gehören?

Das Wort „Filz“ ist ja in den letzten Wochen auch in unserer Region immer mal wieder gehört worden, und es ist doch sicher nicht im Sinne der Beteiligten, dass hier die Vermutung aufkommen könnte, dass hier allenfalls gewisse Kreise versuchen, die Medien für inskünftige, vielleicht schwierigere Phasen oder gar Wahlkämpfe wohlwollend zu stimmen?

Ich weiss nicht, wie es Ihnen geht. Aber ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass wegen diesen Werbeaktivitäten auch nur eine Person mehr auf den öffentlichen Verkehr umsteigen wird, ganz zu schweigen vom (noch) Monopol der Städtischen Werke in jeglicher Hinsicht, wo wir ja sowieso keine Alternative dazu haben! Warum also derart hohe Marketingausgaben?

Ohne die Personalkosten für wohl 1 - 3 Personen zu berücksichtigen, gaben die Städtischen Werke alleine für Marketingaktivitäten im Jahr 2002 über 600.000 Franken aus. Dabei mussten sogar die Wasserwerke noch 75.000 Franken bezahlen. Sie können sich jetzt selbst einen Reim darauf machen, ob die Wasserwerke Werbung betreiben müssen.

Ich bitte also nochmals die Vertreter und Vertreterinnen der ständigen Verwaltungskommissionen, sich über Sinn oder Unsinn solcher Marketingausgaben inskünftig etwas ausführlicher informieren zu lassen und vor allem auch einmal kritische Fragen zu stellen, zum Beispiel wohin all diese Gelder abfliessen."

Ich danke, wenn Sie meiner Bitte Folge leisten."

**Peter Käppler (SP)**            Votum

"Ich kann nur für die VK sprechen, wo ich Einsitz habe, nämlich für die VBSH. Da werden die Marketingausgaben schon angeschaut. Es ist nicht so, dass die Verkehrsbetriebe nicht in einem Konkurrenzkampf sind. Das Verhältnis Privatverkehr / ÖV hat sich zu Ungunsten des öffentlichen Verkehrs entwickelt. Es ist schon auch ein Auftrag, die Leute mittels Werbung zu bewegen, vermehrt den ÖV zu benutzen. Es werden neue Leistungen seitens der VBSH erbracht, welche kommuniziert werden müssen. Das ist nicht gratis. Verglichen mit den Gesamtaufwendungen sind diese Ausgaben relativ bescheiden.

Zu den anderen Betrieben: Herr Meister, wenn ich an das Gaswerk bzw. an die Erdgasleitung nach Beringen erinnere, so gibt es da schon eine Konkurrenz."

**SR Veronika Heller**

"Die GPK hat diese Ausgaben das letzte Jahr unter die Lupe genommen. Sie ist zum Schluss gekommen, dass sich diese grosso modo einigermaßen im Grenzen halten. Für die VBSH sollte man die Spots so schalten können, dass sie bei Regen gesendet werden ... "

**Stadtpräs. M. Wenger**

"Wir haben bei den Städtischen Werken einen Gesamtumsatz von 65 Mio Franken und geben gemäss Christian Meister 600'000 Franken für das Marketing aus. Verglichen mit der Privatwirtschaft ist dieser Werbeaufwand sehr bescheiden.

Die Werke setzen ihre Mittel vor allem für die Beratung der Kundschaft ein (Energiepunkt - Energiesparen)."

Der Stadtpräsident weist darauf hin, dass für das eigentliche Sponsoring sehr wenig Mittel eingesetzt werden. Er nennt hier einige Beispiele im Sportbereich.

"Sie können schon sagen, die Städtischen Werke seien Monopolbetriebe. Aber Sie verlangen auch von einem Monopolbetrieb, dass er seine Kunden ernst nimmt. Auf das Wort Filz möchte ich gar nicht eingehen. Dieses ist immer dann zu hören, wenn lokal Geschäfte getätigt werden. Seien Sie doch froh, dass noch lokal "geschäftet" wird, sonst haben Sie überhaupt nichts mehr zu verdienen."

**Joseph Eugster (SVP)** Votum

"Bei Betrieben wie die Städtischen Werke, wo Gewinne erwirtschaftet werden und wir daran beteiligt sind, habe ich nichts gegen Marketingmassnahmen. Wie die Werke dies tun, da möchte ich ihnen freie Hand lassen.

Aber wenn Verkehrsbetriebe, die defizitär sind, 70'000 Franken ausgeben für Marketing, dann bin ich einverstanden, wenn sie das Geld für die Anpreisung neuer Produkte oder Dienstleistungen einsetzen, aber nicht für diese banale Werbung "Wetterprognose".

**Roland Schöttle (FDP)** Votum

"Ich bin Mitglied der VK Gas- und Wasserwerke. Ich habe mir auch schon Gedanken gemacht, ob diese Aufwändungen gerechtfertigt sind. Ich meine Ja, denn das Produkt dieser Aufwändungen ist einerseits mehr Umsatz - ein Geschäftsziel - und andererseits gute sachliche Information über den Betrieb, die Produkte und deren Möglichkeiten. Über Feinjustierung kann man immer reden. Aber grundsätzlich sind diese Werbemassnahmen angebracht und auch nützlich."

**Christian Meister (SVP)** legt Wert auf die Feststellung, dass er keine Diskussion entfachen wollte. Er habe lediglich die Bitte an die zuständigen VK-Mitglieder gestellt, diese Aufwändungen nächstes Jahr etwas genauer anzuschauen und Auskunft über gewisse Ausgaben zu verlangen.

- I. Bestandesrechnung der allg. Stadtverwaltung** - Keine Wortmeldungen
- II. Gesamtergebnis der Verwaltungsrechnung** - Keine Wortmeldungen
- III. Sachgruppenstatistik** - Keine Wortmeldungen
- Seiten I - XIII** - Keine Wortmeldungen
- Seiten XV - XXV Grafiken und Kennzahlen** - Keine Wortmeldungen

### **ANTRÄGE der GPK**

Ziffer 1 betreffend Transportkosten MKD Pflumm (ergebnisneutrale Umbuchungen im Betrag von Fr. 34'499.30)

## **ABSTIMMUNG**

**Der Grosse Stadtrat stimmt diesen - ergebnisneutralen - Umbuchungen mit 39 : 0 Stimmen zu.**

Über Ziffer 2 betreffend Übertrag der SASAG-Aktien wurde bereits vorgängig abgestimmt.

## **ANTRÄGE des SR Seite XXV**

**Walter Hotz (FDP), 1. Vizepräsident**, verliest die Anträge

1. Der gegenüber dem Budget 2002 erhöhte Beitrag an die Kunsteisbahn- und Schwimmbadgenossenschaft, Schaffhausen in der Höhe von Fr. 153'149.60 wird genehmigt.

Kein Gegenantrag - so beschlossen

2. Die vorliegende Jahresrechnung 2002 der Einwohnergemeinde Schaffhausen wird genehmigt und gemäss Art. 11 lit. c der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Kein Gegenantrag - so beschlossen

## **SCHLUSSABSTIMMUNG**

Der Grosse Stadtrat genehmigt in der Schlussabstimmung mit **40 : 0 Stimmen**

a) die Jahresberichte 2002 "Leistungsauftrag der 5 Pilotabteilungen WoV" Stadt SH

b) die Anträge der GPK

Ziffer 1 betreffend Transportkosten MKD Pflumm (ergebnisneutrale Umbuchungen im Betrag von Fr. 34'499.30) und

Ziffer 2 betreffend Übertrag der SASAG-Aktien in Höhe von Fr. 2,625 Mio aus dem Portefeuille der Stadt SH an die Städt. Werke in der 2. Jahreshälfte 2003

sowie

c) die Anträge des Stadtrates

1. Der gegenüber dem Budget 2002 erhöhte Beitrag an die Kunsteisbahn- und Schwimmbadgenossenschaft, Schaffhausen in der Höhe von Fr. 153'149.60 wird genehmigt.
2. Die vorliegende Jahresrechnung 2002 der Einwohnergemeinde Schaffhausen wird genehmigt und gemäss Art. 11 lit. c der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Der **Ratspräsident** stellt noch den **Geschäftsbericht 2002 des Stadtrates** zur Diskussion.

**Iren Eichenberger (OeBS)** zu Seite 97 2195 Allg. Erziehungswesen

Die Votantin nimmt Bezug auf folgenden Beitrag des Stadtschulrates:

"Schwierigste Schülerinnen und Schüler beschäftigen den Stadtschulrat immer wieder. Nach vielen Gesprächen und Massnahmen bleibt als letzte Möglichkeit nur der eventuell vorzeitige Schulausschluss. Das ist eine unbefriedigende Lösung, weil die betroffenen Kinder zwar weg von der Schule sind, ihre Probleme dadurch aber nicht gelöst werden. Verschiedenste Dienste suchen dann nach Lösungen, nicht selten kommt es zu teuren Heimeinweisungen. Mit einer **Time-out-Klasse** können Schülerinnen und Schüler, die in einer Regelklasse nicht unterrichtet werden können, vorübergehend oder bis zur Findung einer Ersatzlösung aufgefangen, beaufsichtigt, unterrichtet und möglichst reintegriert werden, so dass sie nicht auf der Strasse landen. In Zusammenarbeit mit dem Kanton sucht eine schulrätliche Arbeitsgruppe nach Lösungen."

Iren Eichenberger findet es sehr alarmierend, wenn SchülerInnen vor Ende der obligatorischen Schulzeit von der Schule weg gewiesen werden müssen. Es ist nachzuvollziehen, wenn sie wirklich nicht mehr kooperationswillig sind, bleibt wahrscheinlich keine andere Lösung. Die Votantin fragt, ob es diese Time-out-Klassen schon gebe.

**SR Urs Hunziker**

"Wir haben das Projekt "Time-out-Klassen" etwas zurückgestellt, weil wir ein noch vordringlicheres forciert haben. Wir sind zur Zeit an einer Bedarfsabklärung für schulische Sozialarbeit. Da läuft ein Auftrag, welcher durch die Fachhochschule für Sozialarbeit Basel ausgeführt wird. Der Auftrag besteht darin, herauszufinden, in welchem Ausmass schulische Sozialarbeit, d.h. direkte Intervention in den Klassen notwendig ist. Wir denken hier insbesondere an das Schulhaus Gräfler, aus welchem der Ruf nach schulischer Sozialarbeit gekommen ist. Time-out-Klassen sind ein anderes Mittel. Wir haben das schon diskutiert, sind aber dort noch nicht weiter."

**Susanna Freivogel (SP)** zu Seite 122 3090 Kultur

Die Votantin nimmt Bezug auf die seinerzeitigen Anträge der SPK zur VdSR vom 23.2.1999 - Berichterstattung des Kulturreferenten zu den städtischen Kulturaktivitäten im Geschäftsbericht des Stadtrates. Hintergrund dieser Forderung waren die Aktivitäten des Kulturrates. Es sind unter der Ziffer 3090 einige Angaben zur Tätigkeit des Kulturrates aufgeführt. Nicht klar ist, ob hier alle Aktivitäten aufgelistet sind und aus welchen konzeptionellen Überlegungen diese vom Kulturrat gemacht wurden. S. Freivogel regt an, künftig im Jahresbericht in einem speziellen Kapitel spezifisch darauf einzugehen.

**Stadtpräsident M. Wenger**

"Ich nehme die Anregung von Frau Freivogel gerne entgegen. Wir werden etwas detaillierter berichten. Ich muss daran erinnern, dass der Kulturrat bisher mit den Leistungsvereinbarungen stark gefordert war, ebenfalls durch die Tatsache, dass wir eine Vakanz im Sekretariat des Kulturrates zu verzeichnen hatten, da Frau Dalucas früher weggegangen ist. Wir haben in der Zwischenzeit versucht, über die allgemeine Information der Kulturschaffenden verbesserte Transparenz zu schaffen. Wir haben zwei Kulturbriefe verabschiedet, die eine verbesserte Information hinsichtlich der bewilligten Sponsorgesuche gebracht haben. Wir haben im Grunde viel gearbeitet, müssen das aber noch ein bisschen besser darstellen."

**Alfons Cadario (EVP)**

zu Seite 173 7400 Friedhöfe - Krematorium

Der Votant hat unter der Rubrik Krematorium eine neue Vogelart geortet. Es steht dort: *Für die Planung der Ofenausmauserung ....* . Richtig müsste es heissen Ofenausmauerung.

Alfons Cadario bittet den SR, den Bericht etwas zu verkleinern, zu verwesentlichen und mehr Grafiken hinein zu bringen; dies nicht zuletzt auch im Hinblick auf WoV.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Das Geschäft ist erledigt.

An dieser Stelle schliesst der Ratspräsident die heutige Sitzung.

Der Ratssekretär:

René Gisler

**Nächste Ratssitzung: Dienstag, 1. Juli 2003**